

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

195 · Januar 2007

Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

## *aus dem Inhalt*

VorSatz	3
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
ULLA PLENER Wirtschaftsdemokratie in der Programmdiskussion der neuen Linken	31
JENS-EBERHARD JAHN Zur Akzeptanz von Grundsicherung und Grundeinkommen in der Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS	41
Zwischen allen Stühlen	
DIETRICH WAHL Ernst Bloch über Möglichkeit und linke Diskurse	63
Jahresinhaltsverzeichnis 2006	88

# VorSatz

*Die neue Linke, was ist sie? Wird das nur eine Art Aufguß eines längst ausgelaugten Sudes? Oder entsteht hier tatsächlich etwas Neues?*

*Zugegeben: Möglicherweise wird am Ende eine weitere Ent-Täuschung stehen. Im Augenblick scheint es aber so zu sein, als wäre das halbvolle Glas nicht schon bis zur Hälfte geleert, sondern erst bis zur Hälfte gefüllt. Schon die Ankündigung von Hartz IV hatte 2004 Zehntausende auf die Straßen getrieben. Es waren die bis dahin Braven, die seit Jahren die soziale Leiter hinuntergedrückt worden waren, ohne außerhalb der eigenen vier Wände zu murren; ergänzt um einige tausend PDSler und Gewerkschaftler. Doch auch ohne die wären die Straßen einige Male sichtbar gefüllt gewesen – zumindest im Osten.*

*Eine linke Parteiung, die den Nerv der Zeit so sehr traf, daß sich gesellschaftlich relevante Gruppen auf sie bezogen, hatte sich das letzte Mal zu Ostern 1917 gebildet: die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) – politischer Ausdruck der um sich greifenden Kriegsmüdigkeit. Deutsche Linke, seit 1915 in der Spartakusgruppe miteinander verbunden, schlossen sich der USPD, die von unterdessen ermüdeten Burgfriedenpolitikern des Jahres 1914 geführt wurde, eher widerstrebend an. In der Revolution machten sie dann ihre eigene Partei auf: die Kommunistische Partei Deutschlands. Nur die Klügeren unter ihnen wußten, daß sie die organisatorische Abspaltung von der USPD schnellstens rückgängig machen mußten, wollte die KPD nicht als geistig und politisch impotente Sekte enden. Der erste KPD-Vorsitzende Paul Levi und seine Verbündete auf Zeit, Clara Zetkin, standen für diese Politik; ihnen war es maßgeblich zu verdanken, daß sich Ende 1920 die Mehrheit der USPD mit der KPD vereinigte.*

*Just in diesem Augenblick des Erfolgs warf die Führung der Kommunistischen Internationale das Ruder herum und verwandelte die KPD in einen Arm der sowjetischen Außenpolitik. An die Stelle eines sich selbst bewegenden Organismus trat in den folgenden Jahren ein mit Sowjetgeld am Laufen gehaltener Beamtenapparat, der eine Mitgliedschaft aus sozial Ausgestoßenen organisierte – während die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit grummelnd zur SPD zurückkehrte. Doch auch die war nicht mehr politischer Ausdruck einer virulenten Bewegung – beide Parteien schwammen nicht im Volk wie ein Fisch im Wasser; sondern lagen auf dem Trockenen, wie sich im Frühjahr 1933 zeigte.*

*Das war während des Sozialistengesetzes 1878 bis 1890 noch anders gewesen. Das Trauerspiel nach 1945 in Ost wie West ist bekannt.*

*Die Forderung der Ex-KPD-Führer August Thalheimer und Heinrich Brandler, die Linken sollten eine Politik unabhängig von allen Besatzungsmächten und im Zweifel gegen sie machen, war zwar richtig, aber angesichts der Kräfteverhältnisse natürlich unrealistisch. Ob man mit dem als richtig Erkannten einsam bleibt und sich damit in die Gefahr begibt, irre zu werden, oder sich trotz der Kräfteverhältnisse in die Politik wirft, wohl wissend, daß man, gemessen am eignen Maßstab, nur scheitern kann, dies aber dem Untätigsein in der selbstgewählten Isolation vorzieht – muß jeder für sich selbst entscheiden. Das steht außerhalb jeder fremden Bewertung.*

*Neu an der heutigen Situation ist die um sich greifende und an die zwanziger Jahre erinnernde Kapitalismuskümmigkeit, deren politischer Ausdruck die Linke werden kann. Bei diesem Spiel hat sie allerdings nur einen Wurf frei, denn die Rechte steht nicht nur bereit, alle Unzufriedenen einzusammeln, sondern hat damit schon begonnen.*

*Ganz anders als bisher stellt sich auch dar, was in den alten Bundesländern geschieht: Bis 2004 stammten Linke, soweit sie noch Politik machten, vor allem aus dem K-Gruppenmilieu. Das war so, obgleich seit 1990 Hunderttausende aus den Gewerkschaften und aus der SPD emigriert waren. Unterdessen ist der Leidensdruck so hoch, daß gestandene SPDler und Gewerkschafter nicht nur begonnen haben, sich links der SPD zu organisieren, sondern sogar eine Vereinigung mit der Ostlinken anstreben. Besonders bemerkenswert dabei ist, daß es sich bei ihnen nicht um traditionelle Linke handelt. Sie stehen nicht an der Spitze eines großen Auswanderungsstromes aus der SPD, sondern in dessen Mitte, vielleicht sogar an dessen Ende. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Gruppe ihrer wichtigsten Aufgabe gewachsen sein wird: politischer Ausdruck der Hunderttausenden zu werden, die sich aus dem politischen und gewerkschaftlichen Engagement verabschiedet haben. Gelingt das nicht, sind alle Erfolge gegenüber der SPD und innerhalb der Gewerkschaften Pyrrhussiege, mögen sie noch so glorreich erfochten werden.*

*Und dann ist da noch die sich häutende PDS. 2002 schien sie dem Tod geweiht. Günstigstenfalls bot sich ihr, wenngleich ohne nennenswertes bundespolitisches Gewicht, noch eine Perspektive als linke CSU des Ostens. Als politischer Ausdruck der DDR-Dienstklasse, der die PDS ursprünglich war, ist sie auch weiterhin dem Tod geweiht, denn diese Klasse kann sich nicht reproduzieren – was bedauern möge, wer mag. Seit die Veränderungen in der Gesellschaft nun auch im Westen angekommen sind, ist die PDS auf dem Wege, endgültig zu einer wichtigen Hinterlassenschaft der DDR zu werden. Mit ihrer nach wie vor beeindruckenden (wenngleich fragilen) organisatorischen Stärke und parlamentarischen Verankerung im Osten könnte sie – selbst wenn sie in einem Bundesland durch Regierungsbeteiligung fahrlässige Selbsttötung begehen sollte – der entstehenden gesamtdeutschen Linken eine Stabilität leihen, über die diese inhaltlich-programmatisch zumindest im Moment nicht verfügt.*

*Die WASG allein wird wieder verweht werden, die PDS allein auf Dauer auch. Zusammen bieten sie die Ingredienzien für eine merkwürdige historische Synthese, deren Chance um so größer sein wird, je unterschiedlicher die einzelnen Bestandteile sind.*

JÖRN SCHÜTRUMPF

ULLA PLENER

## Wirtschaftsdemokratie in der Programmdiskussion der neuen Linken

Im Jahr 2000/2001 veröffentlichte diese Zeitschrift eine dreiteilige Studie zum Thema »Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie«. Es ging um Wirtschaftsdemokratie als eine Ur-Idee der Arbeiterbewegung, die mit der heute von vielen Seiten geforderten sozialen Gerechtigkeit unmittelbar verbunden war und in Deutschland von der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung (SPD, Gewerkschaften) spätestens seit der vorletzten Jahrhundertwende programmatisch artikuliert, aber seit der Zeitenwende 1989/1990 weitgehend verdrängt wurde.<sup>1</sup> In der aktuellen Diskussion um soziale Gerechtigkeit und die Lösung weltweit anstehender Probleme der Menschheit sollte diese Idee wiederbelebt und neu angeeignet werden. Der Appell verhallte damals weitgehend ungehört.

Doch seit 2005/2006 scheint die Idee bei der politischen Linken in Deutschland wieder salonfähig zu werden. Den Hintergrund bilden ganz offensichtlich die Realitäten des Kapitalismus der Gegenwart: »Der entfesselte, neoliberalisierte, globalisierte, die Gesellschaft polarisierende Kapitalismus bringt – dialektisch gesprochen – seinen eigenen Widerspruch hervor, setzt die alte soziale Frage, nämlich die nach der Klassengesellschaft und nach sozialer Gerechtigkeit, wieder auf die Tagesordnung... Der Neoliberalismus diskreditiert sich zunehmend selbst. Der Ruf nach einer aktiveren Rolle des Staates, nach dem staatlichen Eingriff in Wirtschaft und Gesellschaft wird lauter. Oder anders und abstrakter formuliert: Der Widerspruch von Kapital und Arbeit hat sich nicht verflüchtigt, auch wenn die Produktionsgesellschaft... an ihr Ende kommt.«<sup>2</sup>

Seit 2002 fanden europaweit und in der Bundesrepublik Deutschland mehrere direkt dem Thema Wirtschaftsdemokratie gewidmete Tagungen statt, darunter 2002 in Herne, 2003 in Stockholm, 2004 in Brüssel, 2006 in Hamburg.<sup>3</sup> Parallel dazu wurde Wirtschaftsdemokratie in den letzten Jahren wieder zu einem Thema in der linken wissenschaftlichen Literatur, darunter 2006 ein Sammelband, der den Begriff Wirtschaftsdemokratie auch im Haupttitel führt.<sup>4</sup>

Demgegenüber beharren SPD- und DGB-Führungskräfte auf dem Schröderschen »Modernisierungskonzept«, wie es von der SPD als Regierungspartei seit 1998 praktiziert wird. In der seit 1999 geführten Programmdiskussion der SPD ist nicht einmal mehr von Kapitalismus die Rede, die Idee Wirtschaftsdemokratie bleibt entsprechend versenkt.<sup>5</sup> Und die Linken in der SPD (in den 90er Jahren gab es aus ihren Reihen zu diesem Thema noch konstruktive Gedanken<sup>6</sup>) – sollte es sie in dieser Partei noch geben – schweigen.

Ulla Plener – Dr. sc. phil., Historikerin in Berlin. Arbeiten zur Geschichte der Sozialdemokratie sowie biographische Forschungen, Mitglied der Leibniz-Sozietät; Redakteurin von UTOPIE kreativ. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Sozialdemokraten und andere Linke: »Sozialdemokratismus« – Instrument der SED-Führung im Kalten Krieg gegen Teile der Arbeiterbewegung (1948-1953), Heft 161 (März 2004).

1 Vgl. Ulla Plener: Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Über eine verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung. Teil I: Von der Jahrhundertwende bis 1933, in: UTOPIE kreativ, Heft 120 (Oktober 2000), (Abschnitte daraus zuvor in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Frank-

furt/Main, Nr. 42, Juni 2000); Teil II: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung zwischen 1949 und 1989 in Westdeutschland, in: Ebenda, Heft 123 (Januar 2001); Teil III: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung nach dem Scheitern des Realsozialismus (1990-2000), in: Ebenda, Heft 127 (Mai 2001) zusammengefasst und erweitert in: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl. Zur Geschichte und Aktualität einer sozialdemokratischen Ur-Idee, Berlin 2001; ergänzt um eine Übersicht des Umgangs mit der Idee Wirtschaftsdemokratie in DGB, SPD und der Linken in den Jahren 2001-2006 in: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie, 2. Auflage, Berlin 2006.

2 Peter Lösche: Sozialdemokraten im Niedergang? Zum Zustand der SPD und ihrer europäischen Schwesterparteien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 2/2003, S. 215/216.

3 Vgl. Alessandra Pelloni: Wirtschaftsdemokratie, Globalisierung und die Linke, in: UTOPIE kreativ, Heft 159 (Januar 2004); Juri Hälker, Claudius Vellay: Wirtschaftsdemokratie in schwerer See, in: UTOPIE kreativ, Heft 173, (März 2005) sowie Juri Hälker, Stephan Heidbrink: Wirtschaftsdemokratie zwischen »Roll-back« und neuer Aktualität, in: Z., H. 61, März 2005, S. 181-184.

4 Vgl. Jörg Huffschmid: Die Zähmung der Konzerne.

Nicht viel anders bei den Spitzen des DGB und seinen Einzelgewerkschaften. Prononciert kam das auf der Jubiläumsveranstaltung der Hans-Böckler-Stiftung zum 30. Jahrestag des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 am 30. August 2006 in Berlin zum Ausdruck. Sie stand zwar unter dem Motto »Mehr Demokratie in der Wirtschaft«, beschränkte sich aber in der Fragestellung auf die betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung, und zwar im Sinne der realisierten »Sozialpartnerschaft«. Jürgen Peters meinte hier: Es sei »das System unserer Mitbestimmung, das Deutschland wirtschaftlich und sozial stark gemacht hat«; und: »Dieses System ist tief verwurzelt in unserer demokratischen(!) Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.«<sup>7</sup> Wenn das so ist, braucht die Demokratisierung der Wirtschaft heute kein Thema mehr zu sein.

Anders als die Führungskräfte vertreten viele traditionsbewusste Gewerkschafter bis heute weitergehende Positionen. Sie wollen die Mitbestimmung in Betrieben und Konzernen auch auf wirtschaftliche Entscheidungen ausweiten und über die Mitbestimmung hinaus gesellschaftliche und staatliche Kontrolle, Regulierung, Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe, vor allem dort, wo die Sozialpflichtigkeit des Eigentums in eklatanter Weise verletzt wird. Für diese Fälle fordern sie Gesetze und Sanktionen seitens des Staates, also der Parlamente und Regierungen, im Sinne des Allgemeinwohls, also eine konkrete gesetzliche Ausgestaltung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums an Produktionsmitteln – die Beschränkung der Freiheit aus dem Eigentumsrecht, seine Bindung an soziale, am Allgemeinwohl orientierte Kriterien.<sup>8</sup>

### *Wirtschaftsdemokratie in linken Programmwürfen*

Programmatisch wurden Ideen der Wirtschaftsdemokratie in den 90er Jahren von Sozialisten in und außerhalb der PDS vertreten.<sup>9</sup> Nachdem Linkspartei.PDS (so seit Sommer 2005) und Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) gemeinsam – und mit Erfolg – den Wahlkampf zu den vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 geführt haben und nun eine gesamtdeutsche, links von der SPD vertretete Partei anstreben, die 2007 konstituiert werden soll, ist seit Anfang 2006 die programmatische Diskussion im Gange. Als Entwürfe für programmatische Grundsätze liegen dazu der »Aufruf zur Gründung einer neuen Linken«<sup>10</sup> und »Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland«<sup>11</sup> vor, auf die sich die folgende Übersicht – bezogen auf Idee und Forderung nach Wirtschaftsdemokratie – konzentriert. Dabei bleiben die vier in der o. g. Studie von 2001 formulierten Kriterien der Maßstab: die ethische Motivation; die politökonomische, also an Eigentumsverhältnisse gebundene Begründung der notwendigen Demokratie in der Wirtschaft; die Anforderungen an den Staat in diesem Zusammenhang; sowie die Vorstellungen über die Demokratisierung (Sozialisierung) der Wirtschaft von unten, aus der Gesellschaft heraus.

Gemeinsam ist den Autoren der Dokumente das ethisch motivierte Streben nach einer friedlichen, demokratischen, sozial gerechten Gesellschaft, in der jeder Mensch selbstbestimmt und in Würde leben kann. Und sie begründen das durchweg politökonomisch, indem sie von der gegebenen kapitalistisch strukturierten Wirtschaftsord-

nung ausgehen, die sich auf undemokratische und sozial ungerechte Eigentumsverhältnisse gründet.

Im »Aufruf« heißt es knapp und bündig: »Die Linke will die Wirtschaftsdemokratie«. Diese wird inhaltlich an mehreren Stellen umschrieben: Die kapitalistische Wirtschaftsordnung führe zur »Konzentration des Vermögens in den Händen einer Minderheit... Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht gefährdet die Demokratie. Macht, die demokratisch nicht legitimiert ist, darf die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht bestimmen«; die Kapitalverwertung müsse dem Gemeinwohl verpflichtet sein, »wie es das Grundgesetz der Bundesrepublik verlangt. Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge müssen in öffentliche Eigentumsformen überführt werden und demokratischer Kontrolle unterliegen«. Die Mitbestimmungsrechte der Lohnarbeitenden in den Unternehmen müssen erweitert werden: »Über die für die Zukunft eines Unternehmens existenziellen Entscheidungen muss die Belegschaft abstimmen können«.

Der 1. Entwurf der »Eckpunkte« war in der Ausdrucksweise prägnanter. Ohne Umschweife war darin von der kapitalistischen Klassengesellschaft die Rede, in der »ein Klassenkampf von oben« geführt werde. (In der 3. Fassung fällt der Begriff Klassenkampf nur im Zusammenhang mit der Europäischen Union, in der »ein neuer Raum für Klassenkämpfe entstanden« sei.) Unter den Zielen, um die angestrebte Gesellschaft zu erreichen, war hier an erster Stelle die notwendige Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse genannt: Man wolle »eine Erneuerung der Demokratie, die es ermöglicht, die Verfügung über sämtliche Formen des Eigentums sozialen Kriterien zu unterwerfen« (gemeint war wohl die Verfügung über Eigentum an volkswirtschaftlich bestimmenden Produktionsmitteln). Öffentliches Eigentum sei die »unverzichtbare Grundlage der öffentlichen Daseinsvorsorge«. Der Wirtschaftsdemokratie war ein eigenständiger Abschnitt mit eindeutigem Bezug zum Eigentum gewidmet: »Wirtschaftsdemokratie setzt neue Antworten auf die sich zuspitzende Eigentumsfrage voraus«. Auch in der 3. Fassung geht es um das Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft: Die Wirtschaft soll nachhaltig dem Gemeinwohl verpflichtet statt kapitaldominiert und umweltzerstörend sein. Der Begriff Wirtschaftsdemokratie fällt im Abschnitt über die Wirtschaft nicht – er taucht erst im Kapitel »Politik« auf, wo es nach dem Absatz über Stärkung der individuellen Rechte heißt: »Wirtschaftsdemokratie: Wir streben die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen der Wirtschaftsmacht an. (Wirtschaftsmacht meint hier vermutlich ebenfalls die Konzerne und Großbanken – U. P.). Durch paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften sowie Vertreterinnen und Vertreter der Regionen und Verbraucher soll die Macht des Kapitals demokratischen Interessen untergeordnet werden.« Im Weiteren geht es um »die Stärkung demokratischer Mitwirkung: Für Umweltorganisationen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Kräfte sowie Bürgerinnen und Bürger wollen wir demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte.« Den Aussagen zur Wirtschaftsdemokratie folgend darf angenommen werden, dass das auch auf die Wirtschaft bezogen

Wirtschaftsmacht braucht demokratische Gegenmacht, in: Rudolf Hickel, Frank Strickstroock (Hrsg.): Brauchen wir eine andere Wirtschaft? Reinbek bei Hamburg 2001; Michael R. Krätke: Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte, in: Widerspruch, Zürich, H. 43/2002; Heinz J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, Köln 2005; Heinz J. Bontrup, Julia Müller u. a.: Wirtschaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus, Hamburg 2006.

5 Vgl. Wolfgang Thierse: Leitfragen für ein neues Grundsatzprogramm. Gesellschaftliche Umbrüche und Herausforderungen, Redemanuskript (23. Juni 2003); Akzente eines neuen Grundsatzprogramms der SPD (6. November 2003), vorgelegt von ehemals z. T. links orientierten Mitgliedern der »Redaktionsgruppe Programmkommission« der SPD; Programmimpuls. Für ein neues Grundsatzprogramm der SPD (7. November 2003), vorgelegt von »Netzwerk Berlin«, einer Gruppe jüngerer MdB und Politiker der SPD; Kraft der Erneuerung. Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert. Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD (24. April 2006), Sonderdruck; Das neue Grundsatzprogramm der SPD. Herausforderungen und Perspektiven, in: Policy. Politische Akademie, Nr. 9, September 2006.

6 Vgl. Plener: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung nach dem Scheitern des Realsozialismus (1990-2000) a. a. O.

7 Nach der Redewiedergabe im Internet. Ausführlich zu Positionen im DGB 2002-2006 in Plener, Wirtschaften, 2. Auflage, Nachsatz.

8 Vgl. Chancen für die Zukunft der Arbeit? Zum Entwurf eines Zukunftsmanifests der IG Metall, in: Sozialismus, H. 7-8/2002, S. 34-37; Forum Gewerkschaften: Müllhaufen der Geschichte oder wirtschaftsdemokratische Perspektive? Angriffe auf die Mitbestimmung, in: Ebenda, H. 3/2005, S. 46-48; Klaus Ahlheim, Horst Mathes: Plädoyer für eine kritische politische Bildung, in: Ebenda, H. 5, Mai 2005, S. 48-52; Werner Dreibus: Wer sich im Kreis bewegt, kommt nicht wirklich voran. Die IG Metall Bildungsdebatte nähert sich ihrem Ende, in: Ebenda, H. 9, September 2006, S. 41/42.

9 Vgl. Plener, Wirtschaften, S. 96-111.

10 Neues Deutschland, Berlin, vom 3./4. Juni 2006.

11 »Auf dem Weg zur neuen Linkspartei in Deutschland«, Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE. Entwürfe, verabschiedet auf der gemeinsamen Sitzung der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG am 22. Oktober 2006 in Erfurt. Beilage zur Tageszeitung Neues Deutschland, 28./29. Oktober 2006 (3. Entwurf). 1. Entwurf in: Die Linke.PDS-Pressedienst 9/06, Berlin; 2. Entwurf in: Die Linke.PDS, Pressedienst 39/06, 29. September 2006; vgl. auch »Sozialistische Linke: realistisch und radikal!«, 19. August 2006, [www.sozialistische-linke.de](http://www.sozialistische-linke.de),

wird. Forderungen nach einer demokratischen Kontrolle in der Wirtschaft werden im 3. Entwurf explizit nur mit Bezug auf die Europäische Zentralbank und die internationalen Finanzmärkte erhoben.

Im »Aufruf« und in den »Eckpunkten« geht es also inhaltlich dem Sinne nach übereinstimmend um die Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse, um Kontrolle wirtschaftlicher Macht, um Schutz des öffentlichen Eigentums und der Daseinsvorsorge sowie um erweiterte Mitbestimmung der Lohnarbeitenden, z. T. auch um staatliche Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe. So weit so gut. Nur: In den Dokumenten bleiben die Stellung zum und die Anforderungen an den Staat diffus. Im »Aufruf« heißt es in aller Kürze: »Die Linke will das Primat der Politik«. Wer soll das wie realisieren? Die Wirtschaftspolitik soll sich am Vorbild skandinavischer Staaten orientieren. Also ist der Staat gemeint, so auch, wenn es um Politik auf anderen Gebieten geht. Ebenso wenn von »Gesetzen und Regeln« die Rede ist, die die Schwachen vor der Willkür der Starken schützen sollen. Explizit wird der Staat nur genannt, wenn es um das »Leitbild eines demokratischen Sozialstaates« geht, oder im Zusammenhang mit der Finanz- und Steuerpolitik, »die es dem Staat ermöglicht, seinen Aufgaben (Welchen Aufgaben? Nur die der sozialen Sicherung? – U. P.) nachzukommen«. Ebenso in allen drei Fassungen der »Eckpunkte«. Auch hier taucht der Staat explizit nur als *Sozialstaat* auf, und es ist *Staat* zu vermuten, wenn von *Politik* auf den verschiedensten Gebieten die Rede ist. Wer/wie demokratische Politik in der/gegenüber der Wirtschaft realisieren soll, bleibt ungenannt. »Neoliberale Kräfte fordern weniger Staat und bauen den Sozialstaat zugunsten eines repressiven Wettbewerbsstaates ab«, heißt es bei der Beschreibung der heutigen Realität. Wollen die Linken mehr Staat? In welchen Bereichen? Und – was für einen Staat? Wer/wie soll die geforderte demokratische Politik – auch gegenüber der Wirtschaft – ausüben? Muss nicht »der Staat« – wo und wie – demokratisiert werden? Nur im Zusammenhang mit der EU heißt es (zu Recht), die Nationalstaaten würden durch diese nicht überflüssig gemacht, beide müssten »ein neues Verhältnis« (Worauf bezogen? Auch auf die Wirtschaft in nationalen Grenzen? – U. P.) eingehen, und der Schlüssel dafür sei die Demokratisierung sowohl der EU wie der Nationalstaaten. Was heißt das konkret?

Zum parlamentarischen und außerparlamentarischen Umgang der Linken mit der grundgesetzlich gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art. 14.2 GG) gibt es in den »Eckpunkten« keine Aussagen.

Ebenso unbefriedigend der Umgang mit der Idee der Demokratisierung der Wirtschaft von unten, aus der Gesellschaft heraus. Im »Aufruf« fehlt sie ganz. In den drei Fassungen der »Eckpunkte« taucht sie nur ganz am Rande auf. Im 1. Entwurf war unter Regionalisierung lediglich zu lesen: »Alternative Wirtschaftspolitik schließt – besonders dringlich für Ostdeutschland und wirtschaftsschwache westdeutsche Gebiete – die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Förderung von Handwerksbetrieben, kleiner und mittlerer Unternehmen und Genossenschaften ein«; in der 2. und 3. Fassung heißt es gleichlautend ganz knapp, zur Einleitung einer wirtschafts- und umweltpolitischen Umkehr setzte man sich auch für

»die Förderung von Genossenschaften und anderer Formen solidarischer Ökonomie« ein.<sup>12</sup>

Zusammengefasst: Die Autoren der genannten Dokumente halten Wirtschaftsdemokratie für notwendig – diese erscheint aber als eine Aufgabe neben vielen anderen. Es wird nicht strategisch auf die radikale Demokratie – mit ihrem Kern Wirtschaftsdemokratie – auf dem Weg zur angestrebten demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft orientiert.

Gemeinsam ist den Dokumenten die Erkenntnis, dass ohne eine *breite Bewegung*, ohne »eine große Mehrheit... in einem breiten *Reformbündnis*« (»Aufruf«) demokratischer Fortschritt gegen die Übermacht des Kapitals nicht zu erreichen ist. Die strategische Kernaufgabe der Linken sei es, heißt es in den »Eckpunkten«, zur Veränderung der Kräfteverhältnisse als Voraussetzung für einen Richtungswechsel in Politik und Gesellschaft beizutragen. Deshalb gehe es um die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ideologie und die Entwicklung von Alternativen. Um ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den Neoliberalismus zu erreichen, seien außerparlamentarische und parlamentarische Mobilisierung notwendig. Diese, das sei hinzugefügt, kann und muss auch ethisch motiviert werden. Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, breit angelegte Bildungsarbeit, Bildung von Netzwerken und das Eingreifen in wissenschaftliche Diskussionen sind dafür dringlich.

### *Wirtschaftsdemokratie in der Programmdebatte*

Der 3. »Eckpunkte«-Entwurf lud zu einer Programmdebatte ein, u. a. über die Fragen: »Welche Möglichkeiten und Instrumente einer Demokratisierung der Wirtschaft und der Unterwerfung der Verfügungsgewalt über Eigentum unter soziale Kriterien gibt es? Inwieweit müssen dazu auch kapitalistische Eigentumsverhältnisse aufgehoben werden? Wie soll eine demokratische Steuerung der Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung realisiert werden?« Auch: Wie kann das öffentliche Eigentum gesichert, erweitert und sowohl sozial als auch effizient genutzt werden?

Dazu wurden in der im Frühjahr 2006 begonnenen Diskussion bemerkenswerte und konstruktive Gedanken geäußert.

Dabei bilden wie schon in den 90er Jahren das Problem *Eigentum* und *Alternativen* zum heutigen Kapitalismus als Voraussetzung für die Mobilisierungsfähigkeit der Linken besondere Schwerpunkte. Da wurden auch die Anforderungen an den Staat zum Teil konkreter formuliert.

Hinsichtlich des Eigentums wird auf die verschiedenen Formen des Eigentums hingewiesen: Es gehe um einen »bunten Mix an Eigentumsverhältnissen«. <sup>13</sup> Kurzfristig gehe es darum, eine weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums zu verhindern, genossenschaftliches und kommunales Eigentum zu fördern, Klein- und Mittelunternehmer zu unterstützen u. ä. m. <sup>14</sup>

Es werden Überlegungen speziell zum öffentlichen Eigentum auf kommunaler Ebene angestellt – eine konkrete Annäherung an das Staatsproblem: Es sei Aufgabe linker Politik gegenüber öffentlichem Eigentum, die Eigentümerfunktion zu demokratisieren durch Transparenz, Offenlegung unterschiedlicher Interessenlagen und Vor-

auf die hier aus Platzgründen nicht eingegangen wird. Siehe dazu Plener, *Wirtschaften*, 2. Auflage, Nachsatz.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Materialien des Kongresses »Solidarische Ökonomie im globalen Kapitalismus«, 24.-26. November 2006 in Berlin.

<sup>13</sup> Vgl. Dieter Dehm, Wolfgang Gehrke, Paul Schäfer: *Gegenmacht in Opposition – und Regierung. Antikriegspolitik, wirtschaftsdemokratischer Umsturz und prinzipielle Bereitschaft zum Regieren*. Beitrag zur Linkspartei-Debatte, in: *Neues Deutschland*, 4./5. Februar 2006.

<sup>14</sup> Vgl. Klaus Steinitz: *Bedingungen und Chancen alternativer Wirtschaftspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, in: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät*, Bd. 85, Berlin 2006.



15 Vgl. Horst Kahrs: Von der Anti-Privatisierungspolitik zur Politik der »Ökonomie des Gemeinwesens«. Acht Näherungen, März 2006, Manuskript für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

16 Vgl. Christa Luft: Entwicklungspfade über den Kapitalismus hinaus suchen, in: Ulrich Maurer, Hans Modrow (Hrsg.): Überholt wird links, Berlin 2005.

17 Vgl. Ebenda, S. 147. Vgl. auch Hermann Klenner: Eine Linkspartei im gesamtdeutschen Interesse? Ansichten eines Juristen, in: Ebenda, u. a. zu Art. 74.16 (S.163).

schläge für deren Ausgleich, klare Aufträge an öffentliche Unternehmen, Zielvereinbarungen mit den Betriebsführungen usw.<sup>15</sup> Auch Länder- und Bundeseigentum sollte demokratischer Kontrolle seitens der Gewerkschaften und anderer demokratischer gesellschaftlicher Kräfte unterliegen. Die Befugnisse kommunaler Selbstverwaltung sind zu erweitern, darunter ihr Aufsichtsrecht in und Beteiligung an von ihnen finanziell gestützten Unternehmen.

Das Eigentum in öffentlicher Hand (darunter öffentlicher Nahverkehr, Krankenhäuser u. ä. m.) müsse geschützt und plausibel begründet, Steuergelder sollten als Gemeineigentum gefasst werden, das für die Allgemeinheit und nicht für Subventionen der Konzerne einzusetzen ist. An den vom Staat (Kommunen, Ländern, Bund) subventionierten Unternehmen muss der Staat beteiligt sein und bei wirtschaftlichen Entscheidungen Mitspracherecht haben. Es gehe »nicht gegen das Privateigentum schlechthin, sondern gegen die Privatisierung von Naturgütern, gegen den ungezügelter Verkauf öffentlichen Vermögens an Private, gegen Monopolmacht, die sich demokratischer Kontrolle entzieht, und gegen soziale Enthemmung des Unternehmertums«.<sup>16</sup>

In der linken Diskussion wird immer wieder, wie schon von den oben erwähnten Gewerkschaftern, auf das bisher nicht ausgeschöpfte Gebot des Grundgesetzes/Art. 14.2 (wie auch Art. 15 und 74.16), also auf die entsprechenden Anforderungen an den Staat und die Gesetzgebung, verwiesen und das mit konkreten Vorschlägen verknüpft. Die Linke sollte Vorschläge unterbreiten, wann die Vergesellschaftungsoption zum Wohle der Allgemeinheit Anwendung finden muss: z. B. in Fällen der Gefährdung der Allgemeinheit durch Chemie- und Pharmakonzerne, oder der rund 800 Millionen Hektar ehemals volkseigener Acker- und Waldflächen der DDR, die in Bundes- oder Landeseigentum zu belassen und langfristig an Bauern zu verpachten wären, statt sie zu verkaufen und damit Spekulationen zu fördern.<sup>17</sup>

Es geht um gesetzliche Regelungen, Transparenz, Kontrolle, Regulierung der Wirtschaft, um politische Eingriffe in die Verfügungsgewalt über Großeigentum an Produktionsmitteln und Finanzkapital, wenn es die Sozialpflichtigkeit verletzt, darunter: deutliche Verschärfung des deutschen und europäischen Kartellrechts bis hin zur Möglichkeit, Konzerne und Banken zu entflechten oder zu enteignen. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums sollte in der EU-Verfassung verankert werden.

Weitere Anforderungen an die Gesetzgebung sind u. a.: Die Jobvernichtung müsse staatlicherseits bestraft statt gefördert werden: Die von einem Unternehmen zu zahlenden Sozialabgaben müssen die Anzahl der vernichteten Arbeitsplätze in Rechnung stellen und dabei die gesamte Wertschöpfung im Konzern berücksichtigen; bei Entlassungen müsse seitens der Unternehmer überproportional in den Sozialfonds eingezahlt werden.

Die Banken müssen gesetzlich verpflichtet werden, einen festgelegten Mindestanteil ihrer Einlagen in Form von Kleinkrediten zu niedrigen Zinsen an kleine und mittelständische Unternehmen zu vergeben; das öffentliche Sparkassenwesen muss gegenüber privaten Banken gestützt werden, um die Umsetzung solcher Forderungen

gen zu erleichtern.<sup>18</sup> Ebenso bei der Energiewirtschaft: Die Energiepreise müssen wieder staatlich reguliert und kontrolliert werden.<sup>19</sup> Die Macht von Banken und Versicherungen ist einzuschränken, z. B. indem das Depotstimmrecht der Banken eingeschränkt und die Rechte von Minderheitenaktionären erweitert, indem die Rechte der Verbraucher durch Einführung von Verbandsklagerechten gestärkt werden.

Es sollten verbindliche, demokratisch (durch Parlamente, Runde Tische) legitimierte Rahmenvorgaben gegenüber wirtschaftlichen Unternehmen eingeführt werden, wenn es um gesamtgesellschaftliche Anliegen geht (Auflagen, Gebote, Verbote, Steueranreize usw.). Das regionale, sozial und ökologisch orientierte Wirtschaften sollte durch gesetzliche Regelungen und steuerliche Stimulierung gefördert werden.

Ein öffentlich geförderter, nicht profitorientierter Beschäftigungssektor (ÖBS) sollte geschaffen werden, auch als Möglichkeit der demokratischen Verfügung über (Kontrolle des, Einflußnahme auf, Eingriff in) das Eigentum an grundlegenden Produktionsmitteln und Form demokratischen Wirtschaftens. Genossenschaften, Non-Profit-Unternehmen und andere Formen gemeinschaftlichen solidarischen Wirtschaftens sollten in allen Bereichen (Produktion, Konsum, Handel, Kunst, Presse, Verlagswesen u. a.) als Wirtschaftsdemokratisierung »von unten« unterstützt werden.

Die alte gewerkschaftliche Idee, Wirtschafts- und Sozialräte als beratende, kontrollierende, gestaltende Einrichtungen für die regionale, evtl. auch Landes- und Bundes- bzw. Branchenebene einzurichten, und zwar nicht als bürokratische, sondern von gesellschaftlichen Kräften/Verbänden getragene, offene und transparent arbeitende Gremien sollte von Neuem geprüft und konkretisiert werden. Die Gewerkschaften, Umweltschutzverbände u. a. gesellschaftliche Gremien sollten an der Regional- und Strukturpolitik beteiligt werden.

Die Mitbestimmung, auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten, muss auf allen Ebenen: am Arbeitsplatz, im Betrieb, Unternehmen/Konzern; in allen Bereichen: im öffentlichen Dienst, bei Medien usw. – und gesamtgesellschaftlich in den Grenzen des Nationalstaates ausgeweitet werden, was in Tarifverträgen festzuschreiben ist.

Idee und Praxis der Teilhaberechte von Arbeitnehmern am Produktivvermögen (Produktionsmitteln) sollte hinsichtlich der Möglichkeit, die Verfügungsgewalt über das Eigentum daran zu demokratisieren, auch von Linken geprüft werden.

Die öffentlichen Güter wie Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungswesen, Wasser- und Energieversorgung sind aus der Regulierung durch das Profitsystem herauszunehmen.

Jede der angeführten Überlegungen wäre im Falle der Verwirklichung ein realer Schritt in Richtung Wirtschaftsdemokratie. Zusammengenommen ergeben sie *Konturen eines Wirtschaftens für das Allgemeinwohl jetzt und heute*.<sup>20</sup>

Es würde zu einem (nach Karl Marx) »Zustand des Übergangs« führen, »wo auf der einen Seite die gegenwärtige ökonomische Grundlage der Gesellschaft noch nicht umgestaltet ist, aber auf der andern Seite die arbeitenden Massen Kraft genug gesammelt haben,

18 Vgl. Sahra Wagenknecht, Nele Hirsch, Tobias Pflüger: Für eine anti-kapitalistische Linke. Thesen für die programmatische Debatte der neuen Linken, 26. März 2006.

19 Vgl. Oskar Lafontaine: Rede auf dem Parteitag der Linkspartei.PDS in Halle, 29./30. April 2006, in: Disput/Pressedienst (hrsg. Die Linke.PDS) 18/19, Mai 2006, Berlin.

20 Vgl. Plener: Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Teil III, in: UTOPIE kreativ, Heft 127(Mai 2001).

Übergangsmaßregeln durchzusetzen, die geeignet sind, schließlich einen radikalen Wechsel der Gesellschaft zuwege zu bringen.«<sup>21</sup>

Ohne den – demokratisierten – Staat (Parlamente, Regierungen, Gesetzgebung) werden diese Forderungen und Vorschläge nicht zu verwirklichen sein.<sup>22</sup>

Ein »Zustand des Übergangs« wird nur erreicht werden können, darin sind sich die Linken einig, wenn es zu einer breiten Bewegung kommt, die dieses Konzept und diese Schritte mitträgt; wenn ein *starker gesellschaftlicher Druck als soziale Gewalt* entsteht, der die politisch und wirtschaftlich Herrschenden zwingt, auf diese Forderungen, die immer wieder öffentlich artikuliert werden müssen, einzugehen und die Verhältnisse – auch in der Wirtschaft – zu demokratisieren, also die Macht – auch die wirtschaftliche – mit demokratischen Institutionen, die die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit repräsentieren, zu teilen.<sup>23</sup>

Diese notwendige gesellschaftliche Bedingung ist z. Z. nicht gegeben. Sie muss außerparlamentarisch – und von Parlamenten aus – vorbereitet werden. Und dazu ist nicht zuletzt, ja heute vor allem *Aufklärung* notwendig – Aufklärung über ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge und Ursachen der sozialen Ungerechtigkeiten, der Massenarbeitslosigkeit, des uferlos wachsenden Reichtums auf der einen, der steigenden menschenunwürdigen Armut auf der anderen Seite. Notwendig ist, so Christa Luft, die »Aufklärung über Mythen und Legenden neoliberaler Politik« und deshalb auch die »ökonomische Alphabetisierung der Massen«.<sup>24</sup> Dehm und Gen.: Es komme darauf an, bereits im Heute diese (wirtschaftsdemokratische) Perspektive programmatisch zu benennen und sie breit in der Gesellschaft zu diskutieren.<sup>25</sup> Dafür werben auch Sahra Wagenknecht und Gen.: Die gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus müsse in die öffentliche Debatte gebracht werden, und wenn dann »mehr als nur eine kleine Minderheit über die Möglichkeit einer Gesellschaft jenseits kapitalistischer Kapitalverwertung immerhin nachzudenken beginnt, haben wir einen ersten wichtigen Schritt zur Veränderung von Kräfteverhältnissen getan«.<sup>26</sup> Ähnlich und noch nachdrücklicher die »Sozialistische Linke«.

Michael Krätke brachte die Notwendigkeit der Aufklärung über den heutigen Kapitalismus prägnant zum Ausdruck: »Das Ende des Kapitalismus kommt erst, wenn die Legitimität und die scheinbare Alternativlosigkeit dieses Wirtschaftssystems auf breiter Front durchbrochen worden sind. Wenn also die ›Rationalität‹ und die daraus folgenden Imperative dieser Wirtschaftsform nicht mehr fraglos akzeptiert werden, sondern ihre Absurdität, ihre Unsinnigkeit, ja ihre Ungehörigkeit begriffen werden. Das Ende des Kapitalismus kommt mit dem ›enormen Bewusstsein‹, dass dies nicht die beste aller möglichen Welten ist, sondern im Gegenteil – eine Welt, die weit hinter ihren zivilisatorischen Möglichkeiten zurückbleibt, und eine Ordnung, die das ›gute Leben‹ und die ›wirkliche Freiheit‹ für alle gerade verhindert und schädigt. Eine ökonomische Weltordnung zudem, die die (politische und soziale) Demokratie immer wieder im Kern bedroht (und die Wirtschaftsdemokratie ausschließt). In seinem ziel- und maßlosen Selbstlauf sorgt der Kapitalismus dafür, dass die ökonomischen Krisen, die sozialen und ökologischen Ka-

21 Karl Marx: Bericht des Generalrats über das Erbrecht, in: MEW Bd. 16, S. 368/369. Vgl. auch Friedrich Engels: Zwei vorbildliche Stadträte, in MEW, Bd. 19, S. 258: »... die herrschende Klasse verteidigt ihre politische Vorherrschaft, das heißt ihre sichere Mehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften; die untere Klasse kämpft zuerst um einen Anteil an dieser Macht, später um die ganze Macht, um in die Lage zu kommen, die bestehenden Gesetze entsprechend ihren eigenen Interessen und Bedürfnissen zu ändern.«

22 Vgl. Michael R. Krätke: Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte, in: Widerspruch, H. 43/2002, S.66.

23 Vgl. Dieter Dehm u. a.: Gegenmacht (Anm. 13).

24 Vgl. Christa Luft: Entwicklungspfade (Anm. 16), S. 143.

25 Vgl. Dehm u. a. (Anm. 13).

26 Vgl. Sahra Wagenknecht, Nele Hirsch, Tobias Pflüger: Für eine antikapitalistische Linke. Thesen für die programmatische Dabatte der neuen Linken, 26. März 2006.

tastrophen, die er erzeugt, den Leuten dies Bewusstsein schon näher bringt. Das geschieht natürlich nicht von allein, nicht automatisch. Die ständige, radikale Kritik der kapitalistischen Verhältnisse und ihrer Folgen ist dazu nötig – und diese Kritik braucht Kraft und einen langen Atem.«<sup>27</sup> Krätke übt (wie der oben erwähnte Heinz Bontrup, Anm. 4) diese Kritik und Aufklärung politökonomisch fundiert, indem er, auch im hier zitierten Beitrag, Fragen stellt und beantwortet wie: Was ist und seit wann gibt es eigentlich Kapitalismus? Profit und seine Vermehrung: woher und wie viel? Was ist der neoliberale Kapitalismus?

In der nunmehr beginnenden neuen Diskussion über Wirtschaftsdemokratie als Kern der Demokratisierung der Gesellschaft und Weg zur sozialen Gerechtigkeit lassen sich aus dem hier Referierten u. a. folgende Schwerpunkte/Forderungen ableiten, die weiter zu diskutieren, zu konkretisieren und – von Parlamenten aus, durch außerparlamentarische Aktionen, durch Publikationen, Werbekampagnen – *in die Öffentlichkeit zu tragen* sind:

- Die Unantastbarkeit der *Menschenwürde* (Art.1 GG) verträgt sich nicht mit den gegebenen undemokratischen Machtverhältnissen in der Wirtschaft, in der das große Kapital mit seiner grenzenlosen Profitjagd absolut dominiert. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist der Weg, Menschenwürde im Sinne des Grundgesetzes für alle zu verwirklichen.

- Demokratisierung der Wirtschaft erfordert die *Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum* an volkswirtschaftlich entscheidenden Produktions- und Reproduktionsmitteln. Dazu gehören *Schutz und Mehrung des öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Güter* in allen gesellschaftlichen Bereichen, von der Kommune bis zum Bund – auch im Widerstand gegen die entgegengesetzten, neoliberal bestimmten Weisungen der EU-Kommission. Dazu gehört auch *demokratische Kontrolle* der gesamtgesellschaftlich relevanten Abläufe in der Wirtschaft, auch im Rahmen des Nationalstaates.

- Die *paritätische Mitbestimmung* der Belegschaften ist zu verteidigen, auf alle Betriebe und Unternehmen auszuweiten und auf wirtschaftliche Entscheidungen auszudehnen. Über die für die Zukunft eines Unternehmens existenziellen Entscheidungen muss die Belegschaft abstimmen können.

- Vom Staat – *Regierungen/Parlamenten* in Kommunen/Ländern/Bund – ist die *Sozialpflichtigkeit des Eigentums*, Art.14.2 GG, *einzufordern*. Das Primat der Politik ist gegenüber den in der Wirtschaft Mächtigen staatlicherseits durchzusetzen. Der Staat hat, auch gestützt auf Art. 1, 14.2, 15, 74.16 GG, zum Wohl der Menschen mit Gesetzen, gezielter Förderung und Sanktionen regulierend die Wirtschaft mitzugestalten.

- Eine gemeinwohlorientierte staatliche Wirtschaftspolitik hat »von oben« die erforderlichen Rahmenbedingungen für qualitatives Wachstum und öffentlich geförderte Dienstleistungen zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue einzurichten, u. a. indem ein öffentlicher Beschäftigungssektor (ÖBS) geschaffen wird.

- Eine demokratisierte Wirtschaft ist auch durch Erschließen gesellschaftlicher Potenziale »von unten« anzustreben, indem gemeinwohlorientierte, demokratisch verwaltete solidarische Wirtschafts-

27 Michael R. Krätke:  
Neun vorläufige Antworten  
auf neun schwierige Fragen,  
in: UTOPIE kreativ, Heft  
189/190 (Juli/August 2006).  
Vgl. auch Erhard Crome:  
Sozialismus im 21. Jahrhun-  
dert. Zwölf Essays über die  
Zukunft, Berlin 2006.

formen – Genossenschaften, autonome Betriebe, Netzwerke – von Kommunen, Gewerkschaften, Konsumenten-, Umweltschutzverbänden und parlamentarisch durch entsprechende Gesetzesinitiativen unterstützt und gefördert werden.

- Um Schritte in Richtung Wirtschaftsdemokratie gehen zu können, ist eine breite Bewegung und dafür die *Mobilisierung der Öffentlichkeit* durch parlamentarische(!) und außerparlamentarische *Kampagnen* und *Aufklärung*, nicht zuletzt politökonomische Alphabetisierung breiter Schichten der Bevölkerung über den Kapitalismus – gegen die Mythen der neoliberalen Ideologie, die diesen als Endpunkt der Geschichte darstellen, dringend notwendig.

Der Fortschritt der Menschheit zeigte sich seit dem Untergang der Sklavenhalterordnung in der *fortschreitenden Demokratisierung* gesellschaftlicher Verhältnisse. Diese bildete die Achse der sozialistischen Idee und Anliegen der alten Arbeiterbewegung, deren Demokratieverständnis ein radikales war, da es an die Wurzel der kapitalistischen Gesellschaft – deren Ökonomie, die Eigentumsverhältnisse – ging. Der Realsozialismus ist letztlich gerade deshalb gescheitert, weil sich in ihm der »der Menschheit angeborene Drang nach Freiheit«, ein Drang, der sich – nach Engels – in der »Explosivkraft demokratischer Ideen« äußert<sup>28</sup>, nicht dauerhaft verwirklichen konnte. Auch deshalb sollte die Fahne der neuen Linken im 21. Jahrhundert die *konkrete Utopie der konsequenten, radikalen Demokratie* mit ihrem *Kern Wirtschaftsdemokratie* sein. Die Forderung nach dem gemeinwohlorientierten demokratischen Wirtschaften sollte – von Parlamentstribünen aus und durch außerparlamentarische Aktionen – ins Zentrum der öffentlichen Debatte über eine realistische Alternative zum menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Raubkapitalismus gerückt werden. Diese Forderung kann das »Projekt der Veränderung, der Zukunftsgestaltung, der Emanzipation« (Frank Deppe) werden, das – verbunden mit der ökonomischen und politischen Alphabetisierung – als Leitidee soziale Kämpfe und Bewegungen der Gegenwart hegemoniefähig machen würde. Sie enthält das reale Potenzial, die in den »Eckpunkten« als strategische Kernaufgabe der Linken benannte Veränderung der Kräfteverhältnisse für einen Richtungswechsel in Politik und Gesellschaft zu realisieren, weil gerade sie die übergreifende Idee für ein breites Bündnis, für demokratische Kämpfe und Bewegungen heute und in naher Zukunft sein kann. Ohne solche Kämpfe und Bewegungen werden, dies sei noch einmal wiederholt, die Menschenwürde täglich millionenfach verletzenden Herrschaftsverhältnisse in der Wirtschaft nicht zugunsten der großen Mehrheit der Menschen und der Völker umgewandelt werden können.

Die auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft *verwirklichte radikale Demokratie* würde die von den Linken erstrebte Gesellschaft, die sich auf Kooperation statt auf Konfrontation gründet, die demokratisch, sozial gerecht, friedlich und naturverträglich, solidarisch und nichtpatriarchal ist, in der jeder Mensch und jedes Volk am allgemeinen Wohlstand teilhat und sich frei entfalten kann, verwirklichen. Das wäre eine Gesellschaft, die *sozialistischen Vorstellungen entsprechen* würde.

28 Friedrich Engels:  
Worum es in der Türkei in  
Wirklichkeit geht, in: MEW,  
Bd. 9, S. 17.

JENS-EBERHARD JAHN

## Zur Akzeptanz von Grundsicherung und Grundeinkommen in der Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS<sup>1</sup>

Ein Leben bar materieller Sorgen ist Kern utopischer Schriften aus allen Zeiten, von den Propheten des Alten Testaments bis heute. Die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen kam indes erst vor etwa dreißig Jahren auf. Diesbezügliche Konzepte wurden und werden von kleineren sozialen, kirchlichen oder intellektuellen Initiativen und Verbänden entworfen und verfeinert, haben aber kaum jemals den Weg in die »große Politik« gefunden. Erst durch Personen wie Götz Werner und Katja Kipping scheint sich dies langsam zu ändern. Ein weiteres Zeichen dafür ist auch der Zukunftskongress von Bündnis 90/ Die Grünen Anfang September 2006 in Berlin.

Die Bedeutung außerparlamentarischer Aktivitäten, wie Kampagnen, Veranstaltungen, Publikationen, für die Popularisierung von Grundeinkommenskonzepten ist unstrittig. Die schwierigere Frage ist, welche Rolle politische Parteien hierbei spielen könnten oder sollten: Schließlich läge es an ihnen, gegebenenfalls ein Grundeinkommensgesetz ins Parlament einzubringen und zu beschließen. Auf diesem Hintergrund sind auch die Beiträge von Sascha Liebermann (für die außerparlamentarische Sicht) und Katja Kipping (für die parteipolitische und parlamentarische Perspektive) in UTOPIE kreativ 176 zu betrachten.<sup>2</sup>

Ich stimme Katja Kipping zu, dass die Grundeinkommensdebatte nicht nur in außerparlamentarischen Bewegungen geführt werden darf, sondern in die Parteien getragen werden muss, um mittel- bis langfristig parlamentarische Mehrheiten zu gewinnen. Dies kann durch Druck von außen, aber auch durch die innerparteiliche programmatische Entwicklung geschehen.<sup>3</sup>

Bislang gibt und gab es in PDS und Linkspartei.PDS (aber auch in der WASG) einige Papiere, Anträge, Artikel in Mitgliederzeitungen und Veranstaltungen. Die Forderung nach einem Grundeinkommen hat jedoch den Weg in die linksozialistische Programmatik noch nicht gefunden. Das Papier der »emanzipatorischen Linken« um Katja Kipping (»Freiheit und Sozialismus – let's make it real!«) vom April 2006 war ein Versuch, dies zu ändern.<sup>4</sup>

Arbeit wird (in der Linkspartei.PDS wie in der Gesellschaft überhaupt) weitgehend als moralische Pflicht und als Legitimation von Einkommen betrachtet, auch wenn offensichtlich ist, dass in unserer Zeit nicht genügend bezahlte Arbeit für alle da ist und vielleicht – als Folge der Steigerung der Produktivität – nie mehr da sein wird. Die Koppelung zwischen Arbeit und Einkommen ist ein Prinzip, das – ungeachtet sonst zwischen den Bürgerinnen und Bürgern bestehender

Jens-Eberhard Jahn – Jg. 1967, Sprachwissenschaftler und Historiker (M. A.), persönlicher Mitarbeiter der sächsischen Landtagsabgeordneten Elke Altmann, Kreisrat in Freiberg/Sachsen, Mitglied im SprecherInnenrat der AG ChristInnen bei der Linkspartei.PDS, Mitbegründer der BAG Grundeinkommen bei der Linkspartei.PDS. Veröffentlichungen zum Thema Grundsicherung und Grundeinkommen, zuletzt: Mühe und Muße. Grundsicherung, Grundeinkommen, sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Leipzig 2003. E-Mail: jahnjepw@freenet.de.

1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine aktualisierte Kurzfassung eines Vortrags, den Jahn im Herbst 2004 auf dem Kon-

gress des Basic Income European Network (BIEN), heute Basic Income Earth Network, in Barcelona hielt. Der Autor nahm im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Beobachter am BIEN-Kongress teil. Bei Interesse stellt der Autor gern die Einzelergebnisse der Umfrage zur Verfügung.

2 Katja Kipping: Und weil der Mensch ein Mensch ist: Garantiertes Grundeinkommen, in: UTOPIE kreativ, Heft 176 (Juni 2005); Sascha Liebermann: Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise, in: Ebenda.

3 Die Grundeinkommensdebatte ist bei den österreichischen Liberalen und den katalanischen Grünen besonders weit entwickelt, ist aber auch in Brasilien und Südafrika ein hervorgehobenes Thema der öffentlichen Debatte. In Deutschland spielte die Forderung eines Grundeinkommens in den 80er Jahren bei den Grünen eine Rolle und wird hier zurzeit gerade wieder entdeckt. In der Linkspartei.PDS existiert eine nicht zu unterschätzende Gruppe, die das linkssozialistische Konzept einer bedarfsorientierten Grundsicherung zu einem Konzept für ein bedingungsloses Grundeinkommen weiter entwickeln möchte. In dieser Zeitschrift wird die Debatte zurzeit intensiv nicht nur von Akteuren aus dem Spektrum der Linkspartei geführt (vgl. UTOPIE kreativ Heft 186, (April 2006).

4 Allerdings sollte – so das Papier – das Grundeinkommen erst nach einer Übergangsphase, in der es eine

politischer, moralischer oder religiöser Differenzen – zusammen mit anderen neoliberalen Mythen von der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit wie eine Staatsreligion akzeptiert wird.

Es wundert nicht, dass sich in einer post-kommunistischen Partei wie der Linkspartei.PDS Rationalisierungsprozesse auch entlang des Konflikts zwischen sozialem Verantwortungsbewusstsein einerseits und konservativem Arbeitsethos andererseits manifestieren. Dies sollte dialektisch bezüglich der EU-Erweiterung und der Perspektive eines europaweiten Grundeinkommens im Auge behalten werden.

Es ist derzeit zu bezweifeln, dass – etwa auf einem Bundesparteitag – sich eine Mehrheit für die Aufnahme der Grundeinkommensforderung ins Parteiprogramm fände. Welche Chancen aber können einer Grundeinkommensforderung in der Linkspartei eingeräumt werden? Im Folgenden werde ich die Ergebnisse einer stichprobenartigen empirischen Untersuchung aus dem Jahr 2004 vorstellen, die zweifellos auch heute noch Trends aufzeigen kann. Eine wesentliche Gruppe der Befragten sind gesellschaftlich aktive Linkswähler und -wählerinnen, meist selbst Parteimitglieder, deren Antworten mit denen einer Kontrollgruppe (Anhänger und Sympathisantinnen von SPD, CDU und Bündnisgrünen) verglichen werden. Abhängige Variablen sind die Einstellungen gegenüber der Entkopplung von Arbeit und Einkommen. Diese quantitativen Daten sollen die Chancen und Schwierigkeiten von Grundeinkommensforderungen in der Linkspartei.PDS streiflichtartig illustrieren und diesbezügliche Tendenzen aufzeigen.

Den Probanden wurden Thesen vorgestellt; auf einer vierstufigen Skala konnten sie Zustimmung oder Ablehnung ankreuzen. Nachdem eine erste Faktorenanalyse einen »Hardlinerfaktor« und einen »Mitleidsfaktor« ergeben hatte, können nun die Antworten zu einigen Thesen des Fragebogens vorgestellt werden. Für den »Hardlinerfaktor« standen insbesondere die Thesen 25 – »Eine sozialistische Gesellschaftsordnung wird es nie geben können, da sie nicht dem menschlichen Wesen entspricht« – und 27 – »Würden alle etwa 800 Euro Grundeinkommen pro Monat erhalten, gäbe es kaum noch Anreize, einer Erwerbsarbeit nachzugehen«. Der »Mitleidsfaktor« wird insbesondere durch These 17 repräsentiert: »Erstmal müssen alle genug haben, um menschenwürdig leben zu können. Bevor das nicht umgesetzt ist, sollte niemand im Luxus leben dürfen«. Die Kernthesen waren:

- These 15: Alle Menschen sollten – um menschenwürdig leben zu können – steuerfinanziert vom Staat ein Grundeinkommen von etwa 800 Euro bekommen.
- These 16: Nur die Bedürftigen (Arbeitslose, Behinderte usw.) sollten eine Grundsicherung von etwa 800 Euro erhalten, sofern sie kein anderes Einkommen haben.
- These 24: Wir brauchen eine Partei, die in Parlamenten die Forderung nach einem Grundeinkommen unterstützt.

Es zeigte sich bezüglich der These 25 (»Eine sozialistische Gesellschaftsordnung wird es nie geben können...«), dass die Skepsis bezüglich der Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaft unter Studierenden bedeutend höher ist als bei den anderen Gruppen; insbesondere auch Erwerbslose scheinen an die Machbarkeit des Sozialismus zu glauben bzw. darauf zu hoffen. Regional betrachtet scheinen

die Sachsen bezüglich einer sozialistischen Zukunft die Zuversichtlichsten zu sein, Westdeutsche folgen wohl eher der Tradition anti-kommunistischer Ressentiments. Gefragt nach der politischen Ausrichtung der Probanden sowie deren gesellschaftlichem Engagement, ist es wirklich wenig überraschend, dass Sozialistinnen und Sozialisten mehr Zutrauen in eine sozialistische Zukunft zeigen als andere. Die hohe Anzahl von Vereins- oder Parteimitgliedern, die an eine sozialistische Zukunft glauben, dürfte der Korrelation zwischen Parteimitgliedschaft und linker politischer Ausrichtung geschuldet sein. Isoliert man diese Gruppen im Datensatz, zeigt sich aber immer noch, dass sich sozial Aktive eine sozialistische Gesellschaft offenbar besser vorstellen können als andere, wahrscheinlich, weil sie sich engagiert auch für die Verbesserung der Gesellschaft(sordnung) einsetzen. Dies aber ist traditionell etwas Linkes. Eine sozialistische Partei sollte daher ihre Bemühungen verstärken, gesellschaftlich aktive Multiplikatorinnen und Multiplikatoren anzusprechen und zu überzeugen. Da wir uns im Rahmen dieses Beitrags mit einer sozialistischen Partei, der Linkspartei.PDS beschäftigen, war eine Übersicht über Ergebnisse zu These 25 sicher nicht falsch. Die Untersuchung von These 27 (»...kaum noch Anreize, einer Erwerbsarbeit nachzugehen«) kann uns nun vielleicht mehr darüber verraten, ob das Eintreten für ein Grundeinkommen sinnvoll für eine Linkspartei sein kann.

Im Rahmen der Umfrage wurde deutlich, dass die Skepsis gegenüber der Bereitschaft zu arbeiten, wenn es ein Grundeinkommen gibt, unter Studierenden deutlich größer ist als bei den anderen Gruppen (57 Prozent Zustimmung versus 20-29 Prozent). Weiterhin zeigte sich, dass der Bildungsgrad jedoch nur wenig Auswirkungen auf die Bestätigung oder Ablehnung der These »Würden alle etwa 800 Euro Grundeinkommen pro Monat erhalten, gäbe es kaum noch Anreize, einer Erwerbsarbeit nachzugehen« hat. Ausgehend davon, dass Studierende meist jüngeren Jahrgangs sind, könnten wir nun annehmen, dass sich die Jüngeren gegenüber der Arbeitsbereitschaft unter den Bedingungen eines Garantierten Grundeinkommens ablehnender äußern als andere. Allerdings ist das Gegenteil der Fall: Je älter die Befragten, desto weniger vertrauen sie einem Arbeitsethos unter Grundeinkommensbedingungen. Ob dies der Auffassung, der Mensch sei von Natur aus eher faul, geschuldet ist oder einem generationspezifischen Arbeitsbegriff, kann an dieser Stelle nicht entschieden werden.

Es liegt nahe, dass Linkspartei-Anhänger einem garantierten Grundeinkommen aufgeschlossen gegenüber stehen, denn mit großer Mehrheit lehnen sie These 27 ab. Bereinigen wir wieder die Vereins- und Parteimitglieder um die Mitglieder der Linkspartei.PDS, stellen wir fest, dass die Befürchtung, die Arbeitsbereitschaft würde sinken, wenn es ein Grundeinkommen gäbe, außerhalb des linken Lagers relativ groß ist, unabhängig vom gesellschaftlichen (organisierten) Netzwerk der Befragten. Nun ist klar, dass nicht alle, die ein Sinken der Arbeitsbereitschaft voraussehen, hierin den Untergang des Abendlandes erblicken. Umso wichtiger wird es sein, auch einen Blick auf die Ergebnisse zu These 15 (»Grundeinkommen«) und 16 (»Grundsicherung«) zu werfen.

Zunächst aber wenden wir uns der »Mitleidsfaktor-These« zu. These 17 ist praktisch die positive Version von These 27: »Erstmal

Grundsicherung geben solle, eingeführt werden. Diese Uneindeutigkeit ist u. a. vom Autor in einem Ergänzungspapier kritisiert worden (Titel: »Eine Emanzipatorische Linke muss antikapitalistisch sein!«).



müssen alle genug haben, um menschenwürdig leben zu können. Bevor das nicht umgesetzt ist, sollte niemand im Luxus leben dürfen«. Daher kann sie zur Kontrolle der bisherigen Ergebnisse eingesetzt werden. Die Auswertung der erhobenen Daten ergab dabei, dass die These 17 am stärksten unterstützt wird von Älteren (83 Prozent Zustimmung bei über 60-jährigen), Rentnerinnen und Rentnern (82 Prozent Zustimmung in dieser Gruppe) und Menschen ohne akademische Ausbildung.

Diese idealtypische Person lebt in den Neuen Bundesländern, ist konfessionslos (zumindest aber eher protestantisch als katholisch), hat Kinder und tendiert dazu, die Linkspartei.PDS oder auch Bündnis 90/Die Grünen zu wählen. Interessant ist, dass die Gebildeteren offensichtlich – sei es aufgrund ihrer möglicherweise privilegierten sozioökonomischen Situation, sei es aufgrund ihrer Teilhabe am Herrschaftswissen – systemnäher sind als Bildungsfernere und daher größere Schwierigkeiten haben, einer nicht systemkonformen, sondern eher urchristlichen These zuzustimmen. Ausgehend von ihrer eigenen sozioökonomischen Situation haben wohl insbesondere Kinderreiche eine egalitäre Sicht auf die Gesellschaft als Kinderlose oder gar »Dinks«. Dies korreliert in gewisser Weise mit einer anderen in der untersuchten Gruppe zu beobachtenden Tendenz: Die Landbevölkerung neigt ebenfalls zu einer solidarischeren bzw. egalitäreren Sichtweise als die Stadtbevölkerung (zu der tendenziell eher die »Dinks« zu zählen sind).

Nun mag eine egalitäre Sichtweise vertreten werden können, ohne dass deren praktischer Umsetzung durch ein garantiertes Grundeinkommen zugestimmt wird. Es sollen also schließlich die Thesen 15 (»Alle Menschen sollten – um menschenwürdig leben zu können – steuerfinanziert vom Staat ein Grundeinkommen von etwa 800 Euro bekommen«) und 16 (»Nur die Bedürftigen, Arbeitslose, Behinderte usw. sollten eine Grundsicherung von etwa 800 Euro erhalten, sofern sie kein anderes Einkommen haben«) gegenübergestellt werden, da sie sich gegenseitig ausschließen. Allerdings ist dieser logische Ausschluss nur von einem Teil der Befragten so angenommen worden. Viele waren wohl der Auffassung, eine Grundsicherung, die tatsächlich eingeführt wird, sei immer noch besser als ein Grundeinkommen, das im Wolkenkuckucksheim verbleibt. Andere werden sich gegen jede Form garantierter Absicherung gewandt haben.

Im Detail sehen wir, dass sich die Befragten quer zu ihrem sozialen Status und Art der Beschäftigung äußerst heterogen verhalten. Eine Ausnahme bilden die befragten Erwerbslosen, die sich – obgleich sie ja ebenso von einer Grundsicherung profitieren würden – eindeutig für ein Grundeinkommen aussprechen. Vielleicht sind sie auch aufgrund ihrer prekären sozialen Lage politisierter als andere. Eine andere Interpretation wäre, dass Arbeitslose eben kein Privileg (oder gar Almosen) empfangen wollen, das anderen nicht zusteht, und deshalb für ein Grundeinkommen votieren, das jedem als Menschenrecht zustünde.

Die Daten zeigen ferner, dass weder Grundsicherung noch Grundeinkommen als »Jugendprojekte« betrachtet werden können. Im Gegenteil werden beide eher von der älteren Generation bejaht. Die Befragten unter 30 votieren zu 51,6 Prozent für ein Grundeinkommen, zu 57,2 Prozent für eine Grundsicherung, in der Altersgruppe zwischen

31 und 60 Jahren steht es 63,5 Prozent pro Grundeinkommen und 86 Prozent für die Grundsicherung, und 64 Prozent der Probanden über 60 Jahre sprechen sich für ein Grundeinkommen aus, 100 Prozent in dieser Altersgruppe wünschen sich eine Grundsicherung.

In gewissem Gegensatz zum vorher Gesagten (zu These 17) sind Personen mit urbanem Hintergrund in der Regel für ein Grundeinkommen offener (63,4 Prozent) als solche aus ländlichen Regionen oder Kleinstädten (50 Prozent), während die Anzahl von Kindern nicht signifikant zu sein scheint. Der Bildungsgrad spielt bei den Ergebnissen zu Thesen 15 und 16 eine untergeordnete Rolle.

Seit vielen Jahren tritt die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) für ein Grundeinkommen ein. Nichtsdestotrotz scheint es so, dass gerade die katholischen Befragten wesentlich häufiger für eine Grundsicherung eintreten als für ein Grundeinkommen. Dies kann ein Reflex des Subsidiaritätsprinzips der Katholischen Soziallehre sein. Die religiös nicht gebundenen Befragten bevorzugen tendenziell ein Grundeinkommen. Obwohl christliche Utopien natürlich auch von bedingungsloser Existenzsicherung für alle ausgehen, kann dieses Ergebnis nur wenig verwundern, zeigte doch die European Values Study, dass religiöse Überzeugungen und gesellschaftspolitisches Engagement nicht miteinander korrelieren.<sup>5</sup>

Interessant ist, dass die Sächsischen und Sachsen – und ostdeutsche Befragte insgesamt – den sich gegenseitig ausschließenden Charakter der Thesen 15 und 16 klarer erkannt zu haben scheinen als andere. Nur bei den sächsischen Befragten gibt es für das Grundeinkommen jedoch eine Mehrheit, in den anderen Regionen wird eine Grundsicherung vorgezogen. Die idealtypischen Befürworter eines Grundeinkommens scheinen in der Tat sächsische Linkspartei-Anhänger zu sein, da immerhin 81,4 Prozent der Befragten Anhängerinnen und Anhänger der Linken.PDS, die auch Vereins- oder Parteimitglieder sind, ein Grundeinkommen bejahen (These 15) und 31,8 Prozent These 16 zustimmen (Grundsicherung). Befragte, die weder Die Linke.PDS wählen, noch Vereins- oder Parteimitglied sind, können sich zu 51,3 Prozent für ein Grundeinkommen und zu 69,5 Prozent für die Grundsicherung erwärmen. Dies ist sicher kein Zufall: Bereits seit Jahren wird im sächsischen Landesverband der PDS und jetzigen Linkspartei intensiv und kontrovers über Grundeinkommen und Grundsicherung diskutiert.

Die These 24 – »Wir brauchen eine Partei, die in Parlamenten die Forderung nach einem Grundeinkommen unterstützt« – findet jedoch in allen Lagern große Unterstützung. Besonderen Anklang findet diese These erwartungsgemäß wieder bei sächsischen Wählerinnen und Wählern der Linkspartei. Vielleicht glauben jene (entgegen den programmatischen Tatsachen), dass diese Partei in Gestalt der (zumindest sächsischen) Linkspartei.PDS bereits existiert. Aber auch Befragte, die weder in Sachsen wohnen noch Die Linke.PDS wählen, halten eine Partei für notwendig, die für ein Grundeinkommen eintritt.

Welche Schlüsse können wir aus den hier in aller Kürze vorgestellten Daten ziehen? Zunächst müssen wir die Abbildungskraft der Daten einschränken, denn es mag sein, dass diejenigen, die sich gegen ein Grundeinkommen aussprechen, den Fragebogen gar nicht ausfüllten, da sie Vorbehalte gegen das Anliegen der Untersuchung oder

5 Vgl. Wil Arts, Jaques Hagenaar's, Loek Halmann (eds.): *The Cultural Diversity of European Unity. Findings, Explanations and Reflections from the European Values Study*, Leiden & Boston 2003.

deren Durchführer hatten. Wie dem auch sei: Meine Untersuchung kann, wie eingangs gesagt, ohnedies nur Tendenzen aufzeigen, sie erhebt keinerlei Anspruch auf Repräsentativität. Die Tendenzen indes scheinen auf der Hand zu liegen:

1. Im Gegensatz zu meinen früheren Vermutungen sind sozialistische Ideologie und Programmatik keine großen Hindernisse bei der Befürwortung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dennoch stellt das traditionelle sozialistische Arbeitsethos dabei freilich ein Problem dar.

2. Vielen Initiativen innerhalb – aber auch außerhalb – der Linken ist es geschuldet, dass mehr und mehr Parteimitglieder der Auffassung sind, dass ein Grundeinkommen durchaus zur Humanisierung der Arbeits- und Lebenswelt beitragen könnte, indem es Existenzsicherung und Erwerbsarbeit entkoppelt. Die zweite Säule des Kapitalismus (neben der Lohnarbeit), das Privateigentum an Produktionsmitteln, würde durch ein Grundeinkommen nicht berührt. Daher begrüßen viele Sozialistinnen und Sozialisten das Grundeinkommen allenfalls als einen Schritt in Richtung Überwindung des Kapitalismus und nicht als Selbstzweck oder Endziel. Nur Hardliner verneinen noch, dass ein Grundeinkommen ein charmantes Mittel gegen Sozialabbau ist: Die Institutionalisierung von *Welfare* statt von *Workfare* unabhängig von der jeweiligen Lage auf dem Arbeitsmarkt.

3. Überraschend ist, dass sich außerhalb der Linkspartei die ältere Generation einem Grundeinkommen weitaus wohlwollender gegenüber zeigt als die Jugend. Als reines »Jugendthema« scheint das bedingungslose Grundeinkommen daher nicht zu taugen. Es könnte indes ohne Zielgruppenspezifität als Chance zur Verbesserung der Lebensqualität nahezu aller Bürgerinnen und Bürger vermittelt werden. Radikale Grundeinkommensgegnerinnen und -gegner sollten schließlich erkennen, dass es somit keinerlei Sinn ergibt, ihre Kritik an Grundeinkommensmodellen mit Polemiken gegen »Jugendbrigaden« zu würzen.

Die aufgezeigten Tendenzen mögen der gefühlten Realität in der Partei widersprechen, zumal Vollbeschäftigungsförderer und -förderinnen durch die Kooperation mit der WASG wieder auf dem Vormarsch sein dürften. Doch auch die WASG ist hier nicht homogen.

Die präsentierten Daten deuten eines an: Eine nicht zu unterschätzende Minderheit in der Gesellschaft spricht sich für ein Grundeinkommen aus. Die Linkspartei.PDS könnte dieses Potenzial nutzen, sie könnte es aber auch den Grünen überlassen, sofern sich die nicht wenigen Grundeinkommensanhängerinnen und -anhänger bei Bündnis '90/ Die Grünen durchsetzen<sup>6</sup>, nun da ihre Partei in der Opposition ist und sich derartige Forderungen wird leisten können. Um diese Entscheidung dürfte die Linkspartei.PDS in naher Zukunft im Rahmen des Parteibildungsprozesses nicht herum kommen. Beide Optionen würden von der Basis der Linkspartei.PDS wohl mitgetragen werden, denn sowohl eine Grundsicherung (wie gehabt) als auch ein Grundeinkommen haben zahlreiche Anhänger in der Linkspartei. Die Entscheidung ist hier also noch völlig offen.

6 Siehe der Beschluss »Der ermutigende Sozialstaat« der Grünen Jugend vom Mai 2006.

DIETRICH WAHL

## Ernst Bloch über Möglichkeit und linke Diskurse

»Es gibt keine Alternative« – das ist Schlachtruf schlechter, konservativer Politik und Philosophie. »Eine andere Welt ist möglich« – dies ist eine Losung, die seit Jahren immer mehr Menschen aus allen Kontinenten zusammenführt. Ernst Bloch hat ein komplexes Instrumentarium für die Erkundung von Alternativen ausgearbeitet und dabei Verfahren der Möglichkeitsforschung bereitgestellt, die es auch heute noch verdienen, bedacht und angeeignet zu werden. Leben wir doch in einer Zeit, in denen Philosophen, Politiker wie ›einfache Menschen‹ die Implosion der sozialistischen Staaten Europas als Beweis dafür ansehen, die Geschichte sei zu Ende und Kapitalismus ihre Endstation. Fragt man nach Ursachen und Gründen jener Implosion, sieht man auch, wie von den kommunistischen Parteien im sozialistischen Lager seit den fünfziger Jahren im wachsenden Maße abgeschwächte und verklausulierte Varianten der Alternativlosigkeit verkündet wurden, in der DDR unter Honecker etwa die »Fortsetzung der bewährten Politik der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«. Diese Haltung ist sicher auch mit der Vertreibung oder Inhaftierung kreativer Denker wie Ernst Bloch, Georg Lukacs, Wolfgang Harich in den fünfziger Jahren verbunden. Blättert man in dem Band »Ernst Blochs Revision des Marxismus« 1957, findet man unter den von Unverständnis strotzenden Argumenten gegen Bloch auch immer wieder Polemiken gegen seine Gedanken zur Kategorie ›Möglichkeit‹. Man bestreitet rundweg, daß es wichtig sei, sich tiefer mit diesem Problemkreis zu befassen. »Die marxistische Philosophie verleiht der Kategorie Möglichkeit keine solche Priorität, wie es Bloch tut ...«<sup>1</sup>

Bloch eröffnet sein Kapitel über die Kategorie Möglichkeit in ›Das Prinzip Hoffnung‹ mit vier knappen Sätzen wie mit einem musikalischen Leitmotiv: »Wie oft stellt sich etwas so dar, daß es sein kann. Oder gar daß es anders sein kann als bisher, weshalb etwas daran getan werden kann. Das wäre aber selber nicht möglich ohne Möglichen in ihm und vor ihm. Hier ist ein weites Feld, es muß mehr als je befragt werden.«<sup>2</sup> So sind drei Leitgedanken zu weiterer Entfaltung eingeführt: – Unser Tun, unsere Praxis leben aus der Realisierung von Möglichen; – Dieses Mögliche muß im Objektiven selbst liegen, denn sonst wären unsere Ziele und Zwecke ja nur subjektives Wünschen; – Dieses Reich der Möglichkeiten blieb bislang wenig erforscht, am wenigsten die verschiedenen Schichten der Kategorie Möglichkeit.<sup>3</sup> Erstaunlicherweise sehe ich gegenwärtig, wie viele Progressive und auch bekennende Linke diesen Bereich Blochschen

Dietrich Wahl – Jg. 1929; Prof. i. R., Dr. sc. phil.; 1949-1954 Studium Philosophie, Geschichte und Indologie an der Universität Leipzig, 1953-1957 Assistent bei Ernst Bloch, 1957-1964 Lehrtätigkeit Philosophie und Geschichte der Philosophie, 1964-1970; Wissenschaftsorganisatorische Tätigkeit an der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1970-1990 Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaften dieser Akademie. Artikel und Bücher: gemeinsam mit H. Parthey: Die experimentelle Methode in Natur- und Gesellschaftswissenschaften 1966; Hrsg.: Ethische Probleme der Wissenschaft 1978. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Das Phaeas-Syndrom: Ringen um wirtschaftliche und politische Gleichheit, Heft 119 und 120 (September und Oktober 2000).

1 Wolfgang Förster:  
Ernst Blochs Revision des  
Marxismus, Deutscher  
Verlag der Wissenschaften,  
Berlin 1957.

2 Ernst Bloch: Das Prinzip  
Hoffnung, Erster Band,  
Aufbau-Verlag Berlin 1954,  
S. 243.

3 Ebenda, S. 244.

4 »Durch ... Verweis auf  
Morus ist es Saage mög-  
lich, einen Begriff der politi-  
schen Utopie zu entwickeln,  
der explizit gegen Ernst  
Bloch (Prinzip Hoffnung)  
gerichtet ist. Denn nach  
Saage kann man den Kern  
des utopischen Diskurses  
nur dann erkennen, wenn  
man genau benennt, was  
politische Utopien sind, und  
nicht wie Bloch alles unter  
den Begriff Utopie faßt:  
vom Tagtraum über chilia-  
stische Heilserwartungen  
bis hin zu apokalyptischen  
Vorstellungen und Mär-  
chen.« Andreas Heyer:  
Politische Utopien der  
europäischen Neuzeit, in:  
UTOPIE kreativ, Heft 151  
(Mai 2003).

5 Ernst Bloch: Das Prinzip  
Hoffnung, a. a. O., S. 245.

Philosophierens weniger und kursorischer beachten als seine Konzeptionen zu Hoffnung, Utopie, Front und seine konkreten politischen Verlautbarungen. Und es wird nicht selten übersehen, wie die Möglichkeitsproblematik mit solchen anderen Kategorien verschlungen ist. So warf Andreas Heyer unter Berufung auf Richard Saage in dieser Zeitschrift Bloch vor, den Begriff der Utopie unangemessen auszuweiten.<sup>4</sup> Dieser Einwand geht an Blochs Anliegen gründlich vorbei. Der sieht in der politischen Utopie nur eine der Arten und Äußerungen der ›utopischen Funktion‹, die in aller Wirklichkeit und allen Bereichen menschlichen Tuns wühlt und wirkt, in Politik, Kunst, Technik, Philosophie und Religion ebenso wie in den Alltagsträumen. Dabei lotet er tiefer und fragt, wieso es überhaupt möglich ist, Besseres als das Wirkliche und Gegenwärtige überhaupt zu denken und anzustreben und wie sich bloßes Wunschenken, wie sich träumerische Kritik am Bestehenden unterscheiden lassen vom Bewußtmachen noch offener Möglichkeiten in Natur, Gesellschaft, Technik. Als erstes verweist Bloch darauf, es seien subjektiv und objektiv Mögliches auseinander zu halten.

*Unterscheidung subjektbezogene und objektimmanente Möglichkeit*  
*Mögliches* oder Kannsein ist generell *partiell Bedingtes*. Es ist etwas, für das nur ein Teil seiner Ursachen, Gründe, Determinanten gegeben ist. Sind dunkle Wolken am Himmel, sagen wir ›Es ist möglich, das es bald regnet.‹ Schon seit alten Zeiten wurde gesagt ›Es wird möglich sein, daß Menschen fliegen.‹ Sie können darauf verweisen, daß wir begründet vermuten, bestimmte Ereignisse werden eintreten, weil viele der erforderlichen Bedingungen aktuell gegeben sind und weil wir wissen, die noch ausstehenden Faktoren sind auch irgendwo bereits real vorhanden. Wir wissen freilich (noch) nicht, wann und wie die noch erforderlichen Bedingungen hinzukommen werden. Solche Sätze können aber auch darauf verweisen, daß in der Realität selbst für diese Ereignisart ein ›nicht vollständig zureichender, also mehr oder minder unzureichender Bedingungsgrund vorliegt.‹<sup>5</sup> Man mag aus verschiedenen Motiven solche Unterscheidung für nutzlose Sophisterei halten. Manche meinen, die Unterscheidung sei ja selbstverständlich, aber der Sache nach gehe es ja um das Gleiche. Immer beziehen sich ja unsere Möglichkeits-Urteile auf objektive Zusammenhänge. Das stimmt wohl und Bloch nennt deshalb beide Aspekte des Kannseins ›das sachlich-objektiv Mögliche‹ (im Unterschied zum bloß Denkmöglichen). Aber er verweist zugleich darauf, es macht eine gewichtige Differenz, ob die fehlenden Bedingungen für einen Vorgang primär in unserem momentanen Wissen oder primär in der Wirklichkeit selbst ausstehen. Wer nun meint, diese Differenz sei bedeutungslos, setzt (meist unreflektiert) zugleich voraus, daß in der Realität die verschiedenen Faktoren und Bausteine der Zustände jeweils irgendwo schon fertig vorliegen und nur noch gedanklich oder real zusammengeführt werden müssen. Dies ist aber Ausdruck eines mechanistischen Determinismus, mit dem Werden und Anderswerden nicht wirklich verstanden und bedacht werden können. Dies Denken wird dann zum Einfallstor für engstirnigen Dogmatismus auch bei dialektisch-materialistischen Ausgangspositionen. Gesetzmäßigkeit wird dann verstanden als notwendiger,

also einzig möglicher Pfad in die Zukunft. »Jede in der Entwicklung befindliche Wirklichkeit enthält verschiedene, oft einander gegensätzliche Seinstendenzen .... Eine der Möglichkeiten vermag sich zu realisieren, und zwar die, die sich ›in ihrer Entfaltung als die Notwendigkeit erweist.«<sup>6</sup> Und Förster folgerte sogleich: »Der Begriff des ›objektiv-real Möglichen‹ ist eine inhaltslose, unreale Abstraktion ... ausgesprochen antimaterialistisch.« Mit solcher Denkhaltung war zugleich eine vorwiegend empiristische, deskriptive Vorstellung von Wissenschaft und dialektischem Denken verbunden. Rückblickend wird mir deutlicher als je, daß solch Empirismus und Praktizismus wesentliche Momente im stalinistischen Dogmatismus waren.

Wenn man die Unterscheidung von subjektbezogenen und objektimmanenten Möglichkeits-Aspekten ablehnt, dann erklärt man direkt oder indirekt jegliche Utopie – also den Entwurf von Realitäten, die über das bislang Gegebene hinausgehen – zum bloßen Wunschbild. Das erfolgt denknotwendig, weil man mit dieser Nichtunterscheidung Realisierungsmöglichkeiten nur im Rahmen des bereits gegebenen Wesens und Systems bedenken will und kann. Sir Karl Popper hat eine ganze Theorie aufgebaut, um offen Utopien als Wunschbilder und als Leitbilder für Totalitarismus zu diskreditieren, besonders sozialistische Konzepte.<sup>7</sup>

Andere sagen direkt, daß eine strenge Unterscheidung zwischen subjektbezogenen und objektiv-realen Möglichkeiten nicht sinnvoll und möglich sei, weil ja das ›Ding an sich‹ gar nicht zu erkennen ist. Für sie bleibt Möglichkeit bloß Denk-Modalität.<sup>8</sup>

Wie verschieden auch begründet wird, warum man nicht zwischen subjektbezogenen und objektiv-realen Möglichkeiten unterscheidet, stets verschließen sich solche Autoren damit einer konsequent historischen Betrachtung der Realitäten wie des Neuen.

### *Die Unterscheidung von sachhaft-objektgemäßen und objektiv-real Möglichem*

Bloch gibt sich nicht damit zufrieden, beim Reden über sachlich-objektiv Mögliches differenzierte Bedeutungsgehalte zu zeigen. Er führt solche Bedeutungsunterschiede zurück auf zwei Schichten objektiver Möglichkeiten:

»Das sachhaft Mögliche bezeichnet das mehr oder minder ausreichend Bedingende in den Gegenständen selbst und in ihren Sachverhalten .... Das sachhaft Mögliche ist das sachhaft-partiell Bedingte gemäß dem strukturellen Genus, Typus, Gesellschaftszusammenhang, Gesetzeszusammenhang der Sache ....«<sup>9</sup>

»Das objektiv-real Mögliche umfaßt jene Gestalten, für die das Ganze ihrer inneren wie äußeren Bedingungen ... noch nicht gereift ist.« So gilt für die Welt als Ganzes: »Die Materie ist die reale Möglichkeit zu all den Gestalten, die in ihrem Schoß latent sind und durch den Prozeß entbunden werden.«<sup>10</sup>

Das Verb ›entbinden‹ kann die Vorstellung erwecken, etwas Vorgeformtes, zumindest in seiner inneren Struktur schon Determiniertes – etwa durch Erbinformationen oder Strukturgesetze –, werde freigesetzt, aus einer Bindung befreit, so wie in der Eichel der Genotypus des Eichbaums fixiert ist und im einzelnen Baum variantenreich sich verwirklichen kann. Diese Möglichkeitsform meint Bloch

6 Wolfgang Förster, a. a. O., S. 209.

7 Karl Raimund Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde (1945); Das Elend des Historizismus (1957).

8 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, a. a. O., S. 261.

9 Ebenda, S. 249, 251; Das sachhaft-objektgemäß Mögliche bedeutet das Feld von Variationen, das gemäß der Struktur der Dinge umrissen und eröffnet wird (ebenda, S. 255).

10 Ebenda. Vgl. auch die Unterscheidung von ›Nach-Möglichkeit-Seiendem‹ und ›In-Möglichkeit-Seiendem‹, ebenda, S. 223.

mit ›objektiv-realem‹ Kannsein ausdrücklich *nicht*. Er zielt darauf, daß mit jedem neuen Typus auch Bedingungen für weitere Typen geschaffen werden, die in früheren Entwicklungsformen der Mater noch nicht vorhanden sind. Sie sind latent in den früheren Stufen und für die späteren Gestalten Teile ihrer Bedingungen, die eben in ihrer Gänze objektiv noch unreif und unvollständig sind. Etwa Eiweiße in den ersten Lebewesen. Sie sind latent in der Welt anorganischer Substanzen vorhanden gewesen und sie bilden dann eine Grundbedingung für die Evolution des Pflanzen- und Tierreiches. So könnte man die ›sachhaft-objektgemäßen Möglichkeiten‹ auch als konkret-aktuell realisierbar bezeichnen, die ›objektiv-realen‹ dahingegen als allgemein-zukünftige Latenzen.

Diese Bestimmungen sind nur zu verstehen, indem man die Unterscheidung von ›Gegenstand/Sache‹ und ›Objekt‹ bei Bloch beachtet. ›Gegenstand/Sache‹ bedeutet dabei eine konkrete Entität, die anderen Entitäten oder einem erkennenden Subjekt gegenüber tritt, mit ihnen real und aktuell zusammenhängt. ›Objekt‹ hingegen bedeutet typushafte Entitäten (Klassen, Arten, Sorten) in ihrer Entwicklung, in ihrer Prozeßhaftigkeit, als Moment weiterer Veränderungen gesehen, also betrachtet nach den noch in ihm steckenden Entwicklungsmöglichkeiten. Verdeutlichen kann man sich das etwa in der dreifachen Betrachtung, die dialektisch-historische Materialisten den Kapitalismus unterziehen. Da ist zunächst die Untersuchung des ›Objekts‹ Kapitalismus als spezieller Typus, als gesellschaftliche Formation unterschieden von anderen Formationen. Die Funktionsweise von kapitalistischen Gesellschaften hat Marx klassisch im ›Kapital‹ unternommen. Ausgehend von der Keimzelle ›Warenproduktion‹ über die ›industrielle Warenproduktion‹ hin zum Zusammenhang vom jeweiligen Vergesellschaftungsgrad der Produktivkräfte und Produktionsverhältnissen und Überbauten werden die Funktionsweisen dieses Gesellschaftstypus untersucht. Und es wird deutlich, wie in dessen Elementen und Entwicklungsstufen jeweils sachhaft-objektgemäße Möglichkeiten liegen, die sich historisch entfalten und verändern. Es werden Voraussetzungen und Eingriffsmöglichkeiten deutlich, wie durchaus unterschiedliche Möglichkeiten dabei zu realisieren sind, aber auch, welche durch den Gang der Entwicklung objektiv ausgeschlossen sind. Das ermöglichte Marx und Engels dann auch im 19. Jahrhundert, wesentliche weitere Entwicklungsstufen und -varianten dieser Gesellschaft und ihrer Klassen zu prognostizieren – etwa das monopolkapitalistische Stadium, die Automatisierung der Produktion, das revolutionäre Potential.

Kapitalismus wird zweitens untersucht als Objekt, das Möglichkeiten produziert, durch die es überholt und aufgehoben werden kann. Im Kapitalismus reifen erst die objektiven Voraussetzungen für sozialistische Gesellschaften.

Aufbauend auf der Untersuchung der Objekte werden drittens existierende ›Gegenstände‹ wie kapitalistische Staaten oder das kapitalistische Weltsystem und ihre Elemente sachlich untersucht als Momente der jeweiligen nationalen und welthistorischen Situation und damit nach den herangereiften Möglichkeiten weiterer Entwicklungen im Rahmen des Gegenstandes ›Kapitalismus‹ oder darüber hinausstrebend. ›Gegenstände‹ sind also die Entitäten als bereits geron-

nene, bereits verwirklichte möglicher Formen; die ›Objekte‹ sind die Entitäten in ihrem Kann-Sein überhaupt, ihren verschiedenen möglichen Entwicklungen, Reifestadien und Varianten und über sich hinaustreibend. ›Gegenstände‹ nennt Bloch in manchen Zusammenhängen auch ›Gestalten‹ und ›Auszugsgestalten‹, die ›Objekte‹ entsprechend ›Substrat‹.<sup>11</sup> Aus der Unterscheidung von sachhaften und konkret-realen Möglichkeiten zieht er Schlußfolgerungen, die für die Wissenschaftstheorie ebenso bedeutsam sind wie für die politische Strategiebildung und Programmatik.

Die sachhaft-objektgemäßen Möglichkeiten der ›Gegenstände‹ sind weitgehend empirisch erkennbar und nachweisbar (natürlich nur gestützt auf Theorien). Es liegen ja schon Exemplare aus der Klasse vor, an denen man mögliche weitere Varianten erkennen kann. (Solch ein empirisch faßbarer Gegenstand war für Marx England im 18./19.Jh., waren USA und Deutschland für Lenin, und für uns sind es sozialistische Staaten des 20./21. Jh.) Objektiv-reale Möglichkeiten sind primär theoretisch zu erschließen und zu erkunden, erfordern rationale und künstlerische Phantasie. Diese unterschiedenen Schichten des Kann-Seins bedeuten aber eine echte Krux für Revolutionäre, wollen sie nicht zu Revoluzzern werden oder zu bloßen Reformern und Dogmatikern verkommen, die das Bestehende stützen und festhalten. Der Revoluzzer vertraut seinem Zukunftsentwurf übermäßig und unterschätzt die inneren und äußeren Realisierungsbedingungen des Neuen. Der Dogmatiker hingegen mißtraut einem Zukunftsentwurf, der vom Bekannten zu deutlich abweicht.<sup>12</sup>

Bloch bemüht sich, jenes Dilemma zu verdeutlichen und zugleich ihm zu entkommen. Er unterscheidet Wesenheit und Gewesenheit. Es gab immer wieder Versuche von Theoretikern, die sich auf Marx berufen, Wissenschaftlichkeit, Objektivität allein zu gründen auf bisher Gewesenes, Geronnenes, Manifestiertes. Das führte dann zu den unheilvollen Versuchen, das sowjetische Modell auf alle sozialistischen Staaten zu übertragen und zur Verdammung aller anderen Modelle als ›unmarxistisch‹, gleichbedeutend mit ›unwissenschaftlich‹. Es wurde mit solcher Haltung ja zugedeckt, daß es durchaus verschiedene Strategien und Taktiken gibt, die zu einer sozialistischen Gesellschaft führen können. Wenn objektive Möglichkeiten nicht voll erschöpfend zu erkennen sind, ist nur an der vordersten Front der Bewegung zu erkennen und zu entscheiden, was in der je konkreten Situation entsprechend weiterführt, optimal weiterführt. Dies anzuerkennen erlaubt erst Pluralismus in einer Partei zu praktizieren. Deshalb ist die theoretische Untersuchung der ›Front‹ – eines typisch Blochschen Begriffes – zugleich wichtig, um praktikistisches wie subjektivistisches Vorgehen zu vermeiden. »Es gibt utopische Ränder nicht nur des jeweils Seienden, sondern des gesamten bereits vorhandenen Seins und Werdens selber, die das vorhandene Wirkliche mit .... *objektiv-real Möglichem* umgeben.«<sup>13</sup> Im objektiv-real Möglichen kann das Objektgemäß-Sachhaft-Mögliche in Realität umschlagen – in der Gesellschaft durch menschliches Handeln. Dieser Erkenntnis verweigern sich die Dogmatiker: »Den untrennbaren Zusammenhang von Möglichkeit und Notwendigkeit zu betonen ist erforderlich gegenüber der Auffassung von Ernst Bloch, wonach die ›Front des Prozesses‹ nicht von inhärenter Notwendigkeit erfüllt sei, sie nur Kontingenz aufweise.«<sup>14</sup>

11 Ernst Bloch: Experimentum Mundi, suhrkamp taschenbuch wissenschaft 564, S. 155 f.

12 »Exakt erkannt und bestimmt werden kann vom Menschen nur die Wirklichkeit, sofern sie hinter uns liegt oder uns noch gegenwärtig umgibt. Ein anderes ›Sein‹ gibt es nicht und nur dieses Sein ist abbildbar. ... Das exakte Zukunftsbild beruht also auf Vorausberechnung ... Auf dieser Vorausberechnung beruht die gesamte sozialistische Planung.« (Ernst Blochs Revision, a. a. O., S. 314/315).

13 Ernst Bloch: Tübinger Einleitung in die Philosophie, edition suhrkamp 3308, S. 102.

14 Ernst Blochs Revision ..., a. a. O., S. 209.



15 Ernst Bloch: Experimentum mundi, a. a. O., S. 89: »Solange der Mensch sein Interesse – anschauend kontemplativ – auf Vergangenheit oder Zukunft richtet, erstarren beide zu einem fremden Sein ... Erst wenn der Mensch die Gegenwart als Werden zu erfassen fähig ist, indem er in ihr jene Tendenz erkennt, aus deren dialektischem Gegensatz er die Zukunft zu schaffen fähig ist, wird die Gegenwart zu *seiner* Gegenwart.« (zitiert aus Georg Lukács: Geschichte und Klassenbewußtsein, GA, II, S. 392)

16 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, a. a. O., S. 216/217.

17 »Es ist ... die zentrale Leistung von Blochs »Schichten der Kategorie Möglichkeit«, die Unterscheidung zwischen dem »sachhaft-objektgemäß Möglichen« und dem »objektiv-real Möglichen« einzuführen, und d. h.: zwischen einer Unterbestimmtheit hinsichtlich (noch nicht) vorliegender Bedingungen und einer Realoffenheit des geschichtlichen bzw. natürlichen Prozesses.« (Enzyklopädie Philosophie, Hrsg. H.-J. Sandkühler, Stichwort »Möglichkeit«, Meiner Verlag, S. 868/869).

18 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, a. a. O., S. 252.

Tatsächlich aber verweist Bloch mit seinem »Front«-Begriff auf den systematischen Zusammenhang von Möglichkeiten, Gesetzmäßigkeiten, Gegenwart und Handeln. »Die mit Marx gesehene vermittelte Gegenwart unterscheidet sich von der üblichen Gegenwart vor allem darin, daß sie der einzige und ausgezeichnete Zeitort unseres Handelns ist.«<sup>15</sup> Mit einem Rückgriff auf seinen Freund Georg Lukács betont er, daß menschliches Tun zu weltveränderndem Handeln dann wird, wenn nicht nur Vergangenheit und Zukunft, sondern zugleich das bereits Vorhandene und das erst Mögliche vermittelt werden. Mit der von mir bereits erwähnten Neigung dogmatischer Marxianer, Notwendigkeit mechanistisch, Wissenschaft empiristisch und dementsprechend gesellschaftliches Handeln als eine Art Rechenaufgabe und Ingenieurskunst zu betrachten, hängt wohl zusammen, daß in der Bannbulle über Blochs »Revisionismus« kaum über das Problemfeld »Entscheidung« geschrieben wird. Begriffe wie »Entschluß«, »Alternativen«, »Wahlmöglichkeiten«, »Gegenmodelle« werden nicht ernsthaft reflektiert. Der Gebannte aber bemerkt im Zusammenhang mit den Kategorien »Front, Novum, Ultimatum«: »Das Wissen, das der Mut und das vor allem die Entscheidung braucht, kann aber hierbei nicht die häufigste Weise des bisherigen haben: nämlich eine betrachtende. Das nur betrachtende Wissen bezieht sich notwendig auf Abgeschlossenes und so Vergangenes, es ist hilflos gegen Gegenwärtiges und blind für die Zukunft ... Das zur Entscheidung notwendige Wissen hat sinngemäß eine andere Weise: ... eine mit dem Prozeß gehende, die dem sich durcharbeitend Guten, das ist Menschenwürdigem des Prozesses aktiv-parteiisch verschworen ist. ... Was also ... dem Wissen der Entscheidung, der Entscheidung des erlangten Wissens zugeordnet ist, ist das konkret-utopische Korrelat in der realen Möglichkeit.«<sup>16</sup> Zu Recht wird in der »Enzyklopädie Philosophie« die Unterscheidung der beiden Möglichkeitsschichten als die zentrale Leistung von Ernst Bloch hervorgehoben.<sup>17</sup>

### *Innere und äußere Bedingungen*

Kreist die Untersuchung des Möglichen um das menschliche Handeln, wird von besonderem Interesse das Verhältnis von inneren und äußeren Bedingungen. »Anders-Seinkönnen zerfällt in Anders-Tunkönnen und Anders-Werdkönnen. Sobald diese beiden Bedeutungen konkret unterschieden sind, dann tritt die innere partielle Bedingung als aktive Möglichkeit, das ist, als Vermögen, Potenz hervor und die äußere partielle Bedingung als Möglichkeit im passiven Sinne, als Potentialität.«<sup>18</sup> Unter den »inneren Bedingungen« wird hier das aktive Können der Subjekte verstanden, unter den »äußeren Bedingungen« hingegen das »passive Getanwerdenkönnen« von Veränderungen in den Gegenständen und Objekten wie Subjekten.

Unterscheidet man so innere und äußere Bedingungen, sind Fragen systematisch zu untersuchen, die sich Menschen seit jeher gestellt haben: Müssen innere und äußere Bedingungen im gleichen Maße ausgereift sein? Kann man Defizite auf der einen Seite durch Überschüsse auf der anderen ausgleichen? Wo ist es wichtiger und vordringlicher einzugreifen, ins subjektive Vermögen oder in die gegenständlichen Bedingungen?

Solche Fragen stellen sich für Strategie und Taktik auch von politischen Akteuren. Bloch hat heuristische Prinzipien formuliert, solche Fragen zu beantworten und auch konkrete Antworten gegeben. Hier soll versucht werden, einige seiner Heuristiken für heutige Probleme fruchtbar zu machen.

»Die partielle Bedingtheit darf in keiner der beiden Bedingungsarten unter einen bestimmten Bruchteil sinken, sonst ist Überkompensierung durch die andere Bedingungsart selber unmöglich.«<sup>19</sup> Dies richtet sich gegen revolutionären Putschismus. Solcher wird heute von manchen den Bolschewiki vorgeworfen, und man wirft die Frage auf: »Durfte denn Lenin eigentlich zur Oktoberrevolution aufrufen?« Nicht wenige Schlaumeier wissen heute, daß die schwache Entwicklung des subjektiven Faktors in Rußland und der Sowjetunion von vornherein einen dauerhaften Sieg der sozialistischen Umwälzungen unmöglich gemacht habe. Wieviel tiefergründiger argumentiert dagegen Fidel Castro: »Die Revolution kann nur durch ihre eigenen Fehler zerstört werden.«<sup>20</sup>

»Der subjektive Faktor kann ohne Verflechtung, ohne Wechselwirkung mit den objektiven Faktoren – was nach Maßgabe der Reife der äußeren Bedingungen wirklich geschehen kann oder wenigstens in die Wege geleitet werden kann – am wenigsten wirken.«<sup>21</sup> Diesen Hinweis scheinen gegenwärtig solche Linken in Deutschland adäquat aufzugreifen, die gegen eine Regierungsbeteiligung auf Länder- oder gar Bundesebene wettern. Für sie lassen die gesellschaftlichen Verhältnisse momentan nur faule Kompromisse mit Neoliberalen zu, was einzig und allein dazu führt, deren Politik mit durchzusetzen. Ernst Bloch würde ihnen wohl entgegenhalten, daß die revolutionären Kräfte in Totalopposition kaum lernen werden, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, noch breitere Schichten erreichen können. Der Ratschlag, nun nach der großen Niederlage das revolutionäre Wollen und Wissen im eigenen Kreise zu pflegen und für bessere Zeiten aufzubewahren, stellt eine Abwartehaltung dar, der die produktive Verflechtung mit dem gegenwärtigen Kampf und die Stärkung des subjektiven Faktors behindert.

»Das Anders-Tunkönnen ist nicht das Aufhebende, wohl aber das Umdeterminierende in allen Determinierungen; das Anders-Werdenkönnen ist nicht das Aufhebbare, wohl aber Lenkbare, Umdeterminierbare in allen Determinierungen.«<sup>22</sup> Hier hebt Bloch nochmals hervor, daß sein Denken wie der historisch-dialektische Materialismus überhaupt, nichts mit Indeterminismus und Irrationalismus zu tun hat. Ins Praktische gewendet, erinnert es den politisch Tätigen, jeden handelnden Menschen daran, sein Anderstunkönnen ist selbst ein Moment des komplexen Bedingungsgefüges. Und spiegelbildlich: man kann das Störende, Hemmende, Unzulängliche nicht einfach zum Verschwinden bringen, aus den Determinationskomplexen herauswünschen. Man kann nur Bedingungen und Merkmale so umgestalten, daß andere, bessere Determinationen und Wirkungszusammenhänge entstehen. So denke ich zuweilen nach, was wohl Ernst Bloch zu Robert Kurz und seinen flammenden Aufrufen gegen »die Arbeit« sagen würde oder zu Büchern über das »Ende der Arbeit«. Arbeit in der und für die Gesellschaft können wir nicht aufheben, wohl aber von einer kapitalistischen Formbestimmtheit in eine

19 Ebenda.

20 Fidel Castro u. a.: Kuba – nach Fidel. Kann die Revolution überleben? Kai Homilius Verlag 2006, S. 62.

21 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, a. a. O., S. 252.

22 Ebenda, S. 252/253.

sozialistische und – später einmal – in eine kommunistische umlenken und umdeterminieren.

*Möglichkeitsfelder, Ungleichzeitigkeit, Pluralismus*

Folgerichtig hebt Bloch wiederholt hervor, daß das Mögliche einen ganzen Bereich von Alternativen ausmacht. Es handelt sich um *Möglichkeitsfelder*, wie er sie für die verschiedenen Bereiche schildert. So ist nicht zufällig das Kapitel über Sozialutopien überschrieben ›Freiheit und Ordnung‹. Dabei wird die Linie ›Morus‹ nicht gegen die Linie ›Campanella‹ ausgespielt, sondern über mögliche Ursachen für die Betonung dieses oder jenes Aspektes ebenso reflektiert wie über Vor- und Nachteile der jeweiligen Vorstellungen über das Verhältnis dieser beiden Werte und Prinzipien. Heute ist die Rede von den Möglichkeitsfeldern und von der nach vorn offenen Geschichte in fast aller Munde. Doch wird leicht übersehen, daß man rasch in eine andere Denkrichtung zurückfallen kann. Immer dann, wenn Wirklichkeit und Notwendigkeit gedacht werden als Ketten und Summen von zwingenden und zufälligen Determinierungen, die eben nur eine bestimmte Realität zulassen, glaubt man rasch, die einzig richtige, alternativlose Lösung gefunden zu haben. Ernst Bloch hingegen arbeitete mit einem Begriff, der in der modernen Systemtheorie zentrale Bedeutung erhielt – ›Kontingenz‹. Es ist das *Feld* der Möglichkeiten zwischen dem Notwendigen und dem Unmöglichen, das von Dogmatikern rigoros unterbelichtet wird.

Auch unter Linken wird dem Andersdenkenden gern vorgeworfen, er sei dogmatisch und intolerant, weil er Gegenentwürfe ausschließt und verdammt, die sich bei komplexer und weitsichtiger Betrachtung als realistisch erweisen können. Oder man etikettiert Andersdenkende als unmarxistisch oder unwissenschaftlich, wenn sie mögliche Strategien vorschlagen, die nicht ins eigene Gesellschaftsmodell passen. In den Programmdebatten der PDS spielten solche globalen Vorwürfe ebenso eine überdimensionale Rolle wie jetzt bei der Vorbereitung einer Linkspartei in Deutschland. Solche Beschuldigungen mischen sich in die Diskussionen um ›Transformationskonzept‹ oder ›Revolutionskonzept‹, um die Beteiligung in Länderparlamenten, um ›bedingungsloses Grundeinkommen‹ oder ›bedarfsorientierte Grundsicherung‹. Kann man nun der Gefahr kräftezehrender Debatten entgehen, indem man sich des Urteils enthält und alle Denkmöglichkeiten gleichermaßen akzeptiert? Dann gelangt man wohl zu Beliebigkeit und Skeptizismus, man schwächt die Kampfkraft. Es geht also darum, sowohl unberechtigte Einengungen wie unsinnige Ausweitungen der gedachten Möglichkeitsfelder zu vermeiden. Bedenkenswert warnte Gerhard Zwerenz in seinem Artikel ›Blochs doppelte Revolte‹ vor programmatischen Einengungen bei Linken.<sup>23</sup> Die Aufgabe, gemeinsame Ziele vernünftig zu bestimmen, wird von Linken zu oft schlecht bewältigt. Wegen des dynamischen, komplexen und zukunfts offenen Charakters von Natur wie Gesellschaft gibt es freilich keine Patentrezepte, wie man es vermeidet, Möglichkeitsfelder zu überzeichnen. Es gibt aber Heuristiken, zuerst und vor allem die Orientierung, alles im Gesamtzusammenhang und in langfristiger Perspektive zu betrachten.

Gewichtige heuristische Hinweise Blochs für den Umgang mit Möglichkeiten ergeben sich aus seinem Konzept der ›Ungleichzei-

23 »Ich empfehle nun diese pragmatischen Konsequenzen, die Mandel aus der französischen Revolutionstriade sowie der Marxschen Forderung nach Aufhebung der Klassengesellschaft und der Selbstbefreiung des Menschen gezogen hat als Kernbestand eines sozialistischen Programms und warne vor dem Zwang weiterreichender Festlegungen.« Gerhard Zwerenz: Blochs doppelte Revolte, in: UTOPIE kreativ, Heft 144 (Oktober 2002).

tigkeit«. <sup>24</sup> Damit will er die soziale Qualität von Verhaltensmustern und Denkweisen charakterisieren, die früher einmal adäquat oder progressiv waren, aber noch nicht realisiert, historisch noch nicht abgegolten sind, nur als Hoffnung, Tagtraum, Zerstreung oder auch als Schlachtruf reaktionärer Populisten weiterleben. Blochs heuristische Anregungen warnen davor, solche Verhaltensmuster, die nicht den eigenen Erkenntnissen oder den neuen Situationen entsprechen, frontal abzulehnen und sie aus dem Feld möglicher Kampfziele und Kampfformen auszuschließen, seien es Heimatliebe, Kosmetik, Tanz, Sport, Fitness, Individualität oder Kampf um mehr Arbeitsplätze, Europäische Union.

Blochs Ausführungen zur Kategorie ›Möglichkeit‹ sind auch als theoretische Begründung von Pluralismus und Bündnispolitik in Gesellschaften und in politischen Organisationen, vor allem Parteien zu lesen. Wenn die Sache selbst noch im Werden begriffen ist, müssen Handlungsziele elastisch und breit gefächert formuliert werden und die optimale Variante kann sich erst im gemeinsamen Handeln, in einem Lernprozeß ergeben. Und in diesem Lernprozeß gibt es verschiedene Sichten, Bewertungen auf den Prozeß, die im Meinungsstreit zu einer Entscheidung führen sollen. Systeme im Ungleichgewicht sind eben nicht berechenbar – wie auch neuerdings System- und Chaostheorie herausarbeiten. Dem Prinzip des Meinungsstreites haben die stalinistischen Parteistrategen nie widersprochen. Verbal wurde das sogar in Parteistatuten fixiert. Es kommt also offensichtlich auf die tägliche praktische Verwirklichung solchen Prinzips an. Dazu sollte man sich der verschiedenen theoretischen wie rhetorischen wie propagandistischen Fallen bewußt sein, die den produktiven Diskurs behindern und blockieren können. Und man kann Bloch auch so lesen, daß er mit seinem Philosophieren auch immer wieder solche Fallen markiert. Er macht darauf aufmerksam, mit einem engen Determinismusverständnis und Materiebegriff ist ganz schnell der Schritt getan vom ›bestmöglich‹ zu ›einzigmöglich‹. Es wird vorwiegend mit den Erfahrungen in der Vergangenheit argumentiert und kaum mit den Möglichkeiten, die in der Zukunft realisierbar werden können, wenn man mit Hilfe von Kompromissen weitere Teilbedingungen herbeiführen kann. Pluralismus fördernde Diskussionsbeiträge sind recht gut an der einschließenden oder anschließenden Kritik an anderen Positionen zu erkennen. In einem iterativen Herangehen stellt man zuerst die gemeinsamen Auffassungen heraus und stellt dann die noch bestehenden strittigen Fragen dar, auch auf die verschiedenen Erfahrungen der Partner verweisend. Man versucht den vernünftigen Kern anderer Konzeptionen zu erfassen und mit den eigenen Erkenntnissen zu vermitteln. <sup>25</sup> Eine ausschließende Kritik lehnt andere Beschreibungen von Möglichkeitsfeldern eher in Gänze ab. Oft stützt man sich dabei auf schematische Analogien und oberflächliche Vergleiche. So ist es inner- und außerhalb der PDS gängig, das ›Transformationskonzept‹, das dem neuen Programm zugrunde liegt, mit der Politik der Sozialdemokraten gleichzusetzen. Regierungsbeteiligung der Linkspartei auf Länderebene wird generell und undifferenziert als neoliberale Politik diffamiert. Hardt/Negri fordern absolute Demokratie und werfen Kommunisten und Sozialisten in Regierungverantwortung grund-sätzlich ›Staatsvergottung‹ vor. <sup>26</sup>

24 Vgl. Roger Behrens: Aktualisierung des Ungleichzeitigen. Anmerkungen zur Prozeßlogik einer mehrschichtigen Dialektik, in: UTOPIE kreativ, Heft 153/154 (Juli/August 2003).

25 In der Diskussion um die Gründung der Linkspartei sind einige Papiere erschienen, die solch einschließende Diskussion praktizieren, etwa ›Programatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmdiskussion von Linkspartei.PDS und WASG‹ vom 23. Februar 2006; Michael Brie, Christoph Spehr: Was ist heute links? Reihe »kontrovers« der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Heft 1/2006; Harald Pätzold: Wo ist das Problem? Parteiprogramm oder Gründungsmanifest, Disput 17, März 2006.

26 Michael Hardt, Antonio Negri: Empire. Die neue Weltordnung, Campus Verlag 2002; Michael Hardt, Antonio Negri: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, Campus Verlag 2004.

27 Sarah Wagenknecht: Kapitalismus im Koma. Eine sozialistische Diagnose, edition ost 2003, S. 122.

28 »In das Mitregieren ist in erster Linie eine Minderheit (Senatoren, Fraktion, Bürgermeister, Mitarbeiter)

einbezogen. Oder anders formuliert: die damit verbundenen neuen Erfahrungen und Einsichten, Lernprozesse und Kompetenzgewinne betreffen zunächst nur einen relativ kleinen Kreis. Nicht die gesamte PDS und ihr Umfeld sehen sich gleichermaßen durch die Regierungsverantwortung gefordert. Daraus können und entstehen tatsächlich, wie sich gerade auch in Berlin zeigt, *Ungleichzeitigkeiten in den Erfahrungs-räumen der PDS-Mitgliedschaft*. Mehr noch – oft entstehen durch die Regierungsbeteiligung erst einmal neue inhaltliche Klüfte in der Bewertung der Ergebnisse der Regierungsbeteiligung und oft auch ihres Sinns und Zwecks.« (Rolf Reißig: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand, Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 22, Karl Dietz Verlag Berlin 2005, S. 65).

Bloch zeigt auch: wegen der Breite der Möglichkeitsfelder und wegen der unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen ist ein Spannungsverhältnis zwischen Theoretiker und Politiker und zwischen verschiedenen Fraktionen und Gruppierungen vorprogrammiert. Es kann nur ausgehalten und ausgetragen werden, wenn von allen Beteiligten solche Hintergründe erkannt werden und so die unterschiedlichen Standpunkte als primär objektiv bedingt (und möglich) anerkannt werden. Programmatische und strategische Differenzen aber aus Charakterschwächen (natürlich immer der anderen) zu erklären, hat schon immer dem gemeinsamen Kampf geschadet. So wurde etwa die Regierungsbeteiligung in Berlin mit dem Ehrgeiz Gregor Gysis ›erklärt‹.<sup>27</sup>

Blochs Herangehen könnte auch helfen, den Pluralismus weit produktiver zu gestalten, als heute noch gegeben. Pluralismus bedeutet nicht Einigung auf kleinstem gemeinsamem Durchschnitt der Meinungen, sondern das Recht, die Möglichkeiten im Möglichkeitsfeld unterschiedlich zu akzentuieren. Für das Handeln aber gelten Mehrheitsbeschlüsse. Manche linke Gruppierung pflegt freilich die negativen Aspekte der Politik anderer Gruppen, auch von Mehrheiten, hervorzuheben und ihre positiven Ergebnisse zu verschweigen oder kleinzureden. So geschieht es seit Monaten mit der Beteiligung der Linkspartei.PDS an Länderparlamenten in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Eine Studie von Rolf Reißig verweist darauf, daß alle Beteiligte lernen müssen, mit der Regierungsbeteiligung umzugehen.<sup>28</sup> Solcher Lernprozesse an der je aktuellen Front des Geschehens bedarf es, damit wir eine mögliche neue Welt verwirklichen können.

## Beiträge

- ADOLPHI, WOLFRAM: Kaderpartei. Skizze für ein HKWM-Stichwort (193)
- ANGERJÄRV, JANE: Geschlechtsbezogene Diskriminierung von Frauen in Estland (184)
- ARENDE, HANNAH: Rosa Luxemburg. 1871-1919 (192)
- BEER, MIRCO: Bericht über die Kommandierung nach Spanien vom 10. Oktober 1936 bis 3. Juni 1939 (191)
- BEITZ, WILLI: Michail Scholochow – eine terra incognita? (188)
- BELOCERKOVSKIJ, VADIM: Die bundesdeutsche Politik und Russland (187)
- BENS, JONAS, FABER, MICHAEL: Für eine moderne und bunte Linke! Die soziale Frage umfasst mehr als Hartz IV und Vermögenssteuer und sie braucht Antworten! (191)
- BERGMANN, THEODOR: Paul Levi – Tragik eines deutschen Revolutionärs zwischen den Parteien (185)
- BERNECKER, WALTHER L.: Spanischer Bürgerkrieg und Vergangenheitsbewältigung. Geschichtspolitik und Erinnerungsansprüche in der Demokratie 1975-2005 (191)
- BERNHARD, ARMIN: Antonio Gramscis Verständnis von Bildung und Erziehung (183)
- BOCK, HELMUT: Altpreußens Götterdämmerung. Tragikomische Impressionen (192)
- BOCK, HELMUT: Napoleon Bonaparte. Von Widerspruch und Unfrieden eines bürgerlichen Hegemonialsystems (194)
- BRANGSCH, LUTZ: Armut und die Diskussion zu einem Sozialstaat in Russland (188)
- BREITENBACH, ELKE; SCHUBERT, KATINA: Auf den Inhalt kommt es an. Anmerkungen zur Programmdebatte für die neue Linke (194)
- BÖHME-KUBY, SUSANNA: Die Nachgeborenen und Tucholsky (189/190)
- BONTRUP, HEINZ-J.: Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Kapitalismus (186)
- BRANGSCH, LUTZ: Grundsicherung: Ein ver-gessenes PDS-Konzept (187)
- BRIE, MICHAEL: Was hätte Rosa gesagt? (189/190)
- CREYDT, MEINHARD: Die Befreiung der Arbeit (189/190)
- CROME, ERHARD: Nach der Wahl ist vor der Wahl (193)
- DEHM, DIETHER: Gegenöffentlichkeit contra BND-Medien. Die Linke braucht eigene Kulturarbeit, nicht Gnade der Verlagskonzerne (183)
- DELLHEIM, JUDITH: Zur Debatte um Grund-sicherung oder Grundeinkommen (187)
- DICK, ANTONÍN: Befreiung von der Arbeit (183)
- DIETZEL, HORST: »Neue Herausforderungen« in der Programmatik der Linken (191)
- ERDEM, ISABEL: Anti-deutsche Linke oder anti-linke Deutsche? Eine sachliche Betrachtung (192)
- FABER, MICHAEL, BENS, JONAS: Für eine moderne und bunte Linke! Die soziale Frage umfasst mehr als Hartz IV und Vermögenssteuer und sie braucht Antworten! (191)
- FELTES, TORSTEN: Nationale Bildungsstandards – ein neoliberales Projekt (187)
- FISAHN, ANDREAS: Ergebnisse der »Föderalismusreform« (194)
- FÜLBERTH, GEORG: Fragen zum Kapitalismus. (189/190)
- GÄRTNER, PETER: Menschenrechte, Kuba und linke Politik (192)
- GRÄBE, HANS-GERT: Wissen und Bildung in der modernen Gesellschaft (194)
- GROSCOPP, HORST: Die demokratische Linke und die Religion. PDS und Religionsgemeinschaften (183)
- HARTMANN, WOLFGANG: Der »Fall Noel Field«. Zum gleichnamigen Buch von Bernd-Rainer Barth (184)
- HAWEL, MARCUS: Negative Kritik und bestimmte Negation. Zur praktischen Seite der kritischen Theorie (184)
- HAWEL, MARCUS: Normalisierte Außenpolitik. Zum Verhältnis von Vergangenheitsbewältigung und der Restauration des *ius ad bellum* in Deutschland (193)
- HEGEWALD, HEIDRUN: Zur Eröffnung der Ausstellung »Frauenbilder« (189/190)
- HEIGL, RICHARD: Wolfgang Abendroths Par-theorie (187)
- HERZBERG, CARSTEN: Der Bürgerhaushalt – ein Transformationsprojekt der Linken? (193)
- HEYER ANDREAS: Stationen einer Enttäuschung. Kleists Briefe aus Paris (1801) (191)
- HÜTTNER, BERND: Anerkennung, Umverteilung, Gerechtigkeit. Probleme einer postfordistischen Linken (188)
- JORDAN, NINO DAVID: Schlaraffenland oder Hungersnot? Wider die gefällige Kontrastierung (188)
- JÖRKE, DIRK: Von den Grünen lernen heißt verlieren lernen.
- KATHEDER, DORIS: Vom Girlie zum Görl! Mädchenbilder nichtkommerzieller Jugendmagazine zwischen Anspruch und Wirklichkeit (189/190)
- KHALATBARI, PARVIZ: Demographie – eine

- Wissenschaft mit unterentwickelter Theorie (183)
- KIPPING, KATJA, OPIELKA, MICHAEL, RAMELOW, BODO: »Sind wir hier bei ›Wünsch dir was?« Thesen für einen neuen Sozialstaat (186)
- KLEIN, FRITZ: Fallstudie von besonderem Reiz. Zur Wolfgang-Steinitz-Biographie (186)
- KRÄTKE, MICHAEL: Neun vorläufige Antworten auf neun schwierige Fragen (189/190)
- KROCH, ERNESTO: Ein großes Experiment. In Uruguay regiert die Linke (184)
- LAITKO, HUBERT: »Sozialismus oder Barbarei?« Jürgen Kuczynski und das Problem der historischen Alternativen (185)
- LANGNER, HEIKO: Kapitalistische Moderne – moderner Kapitalismus? Zur Grundsatzdebatte in der Linkspartei.PDS (187)
- LAY, CAREN: Abschied vom »Ernährermodell«. Zur Familien-, Sozial- und Arbeitspolitik der Neuen Linken (193)
- LEIBIGER, JÜRGEN: Demografische Wende und Finanzierung des Wohlfahrtsstaats (188)
- LEVI, PAUL: Opposition, Verantwortung und Regierung (185)
- LIEBERMANN, SASCHA: Freiheit ist eine Herausforderung, kein Schlaraffenland (184)
- LÖTZSCH, GESINE: Aschermittwoch 2006 (187)
- LÖTZSCH, RONALD: Die SED-beherrschte DDR. Ein Arbeiter-und-Bauern-Staat, frei von Ausbeutung? (192)
- LOUREIRO, ISABEL: Rosa Luxemburg und die Bewegung der Landlosen in Brasilien (185)
- MALLMANN, JOSEF: Und immer noch Opfer des Kalten Krieges! (189/190)
- MARKARD, MORUS: Wer braucht Erziehung? (187)
- MARXHAUSEN, THOMAS: »MEGA – MEGA« und kein Ende (189/190)
- MÜLLER, ANDREAS; ÜLLRICH, PETER: Wissenschaftlich Arbeiten mit freier Software (194)
- MUSCHG, ADOLF: Treppenrede (183)
- OPIELKA, MICHAEL: Gerechtigkeit durch Sozialpolitik? (186)
- OPIELKA, MICHAEL, RAMELOW, BODO, KIPPING, KATJA: »Sind wir hier bei ›Wünsch dir was?« Thesen für einen neuen Sozialstaat (186)
- PROKOP, SIEGFRIED: Ernst Bloch und Wolfgang Harich im Jahre 1956 (184)
- RAMELOW, BODO, KIPPING, KATJA, OPIELKA, MICHAEL: »Sind wir hier bei ›Wünsch dir was?« Thesen für einen neuen Sozialstaat (186)
- REITTER, KARL: Grundeinkommen statt Schlaraffenland. Eine Antwort auf Ulrich Busch (188)
- RILLING RAINER: Eine vergessene Linke? (189/190)
- ROESLER, JÖRG: »DDR« und DBR. Sprachpolitik im Kalten Krieg (187)
- RUF, WERNER: Barbarisierung der Anderen – Barbarisierung des Wir (185)
- SAAGE RICHARD: Morus' »Utopia« und die Macht. Zu Hermann Onckens und Gerhard Ritters Utopia-Interpretationen (183)
- SABATH, WOLFGANG: Die Wochen im Rückstau (183-194)
- SCHÄFER, HEINZ: Darmstadt 1950. Ein Stück Vorgeschichte zum KPD-Verbot 1956 (189/190)
- SCHAUB, CHRISTOPH: Die Banlieue und das Feuer. Urbaner Raum und ästhetische Selbstbehauptung in den Rap-Lyrics von La Rumeur (189/190)
- SCHELER, WOLFGANG: Kriegsfähigkeit und Friedensfähigkeit der Weltgesellschaft nach der Zeitenwende (188)
- SCHMIDT, WERNER: Peter Weiss – Intellektueller in der geteilten Welt (193)
- SCHUBERT, KATINA; BREITENBACH, ELKE: Auf den Inhalt kommt es an. Anmerkungen zur Programmdebatte für die neue Linke (194)
- SCHULZE, TOBIAS: Internet und Brechts Radiotheorie (186)
- SCHÜTRUMPF, JÖRN: Deutschland verändert sich zur Kenntlichkeit. Vier Thesen (185)
- SCHÜTRUMPF, JÖRN: 1956 oder: Die Reformfähigkeit des Stalinismus (188)
- SCHÜTRUMPF, JÖRN: Rosa Luxemburg, die Bolschewiki und »gewisse Fragen« (193)
- SEIFERT, ILJA: Behindertenpolitik: Großes Ziel und kleine Schritte (188)
- SENNFT, HEINRICH: Erich Kuby (186)
- SIXEL, FRIEDRICH W.: Das bedingungslose Grundeinkommen – ein Weg zu einem zeitgemäßen Sozialismus (189/190)
- SOHN, MANFRED: Marx, Luxemburg und die Unentbehrlichkeit des Feminismus. Eine kurze Replik zu Evelin Wittich (189/190)
- SJÖBERG, STEFAN: Kollektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand (186)
- SONNENBERG, UWE: Lew Kopelew. West-östliche-Spiegelungen (187)
- SORG, RICHARD: Neues zur Gewalt im europäischen Entwicklungspfad (185)
- SORG, RICHARD: Kapitalismus und Soziale Arbeit (194)
- STORLØKKEN, TANJA: Frauen in finsternen Zeiten. Rosa Luxemburg und Hannah Arendt

(192)

- TESCH, JOACHIM: Soziale Aspekte des Stadtumbaus (192)
- ULLRICH, PETER; MÜLLER, ANDREAS: Wissenschaftlich Arbeiten mit freier Software (194)
- WAGENER, SASCHA: Die Marxsche Verfassungskritik (184)
- WAGNER, GERHARD: Zwischen Mondschein und Gaslicht. Heine in der ästhetischen Kultur des Industriezeitalters (184)
- WENZEL, SIEGFRIED: Sozialismus des 21. Jahrhunderts? (191)
- WIRTH, GÜNTER: Ausgeschlagene Chancen der Neuorientierung Zwei Schriften aus dem Jahre 1948 (183)
- WIRTH, GÜNTER: Der andere Transformationsprozeß. Besichtigung von Autobiographien (189/190)
- WITTICH, EVELIN: Rosa Luxemburg und die Diskussionen der sozialistischen Linken in der Gegenwart (185)
- WOLF, MICHAEL: Hartz IV: ausgrenzende Aktivierung oder Lehrstück über die Antastbarkeit der Würde des Menschen (194)
- WOLF, LUIGI: Neuformierung der Linken – auch in Frankreich? Bericht vom 33. Parteitag der Französischen Kommunistischen Partei vom 23. bis 26. März 2006 (189/190)
- ZAHN, DIETER: Grundsicherung bedarfsorientiert gestalten (186)
- ZIMMERING, RAINA: Frauenmorde und keine Aufklärung – die Frauen von Juárez (184)

## Konferenzen & Veranstaltungen

- BRANGSCH, LUTZ: Armut und die Diskussionen zu einem Sozialstaat in Russland (188)
- HÄLKER, JURI: MdBs auf die Straße. Bericht über »100 Tage Schwarz-Rot« (188)
- HOLM, BRIGITTE: Gemeinsam sind wir Stadt (193)
- SCHUBERT-LEHNHARDT, VIOLA: »Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus« (185)
- SOHN, MANFRED: Marx, Luxemburg und die Unentbehrlichkeit des Feminismus. Eine kurze Replik zu Evelin Wittich (189/190)
- STEINITZ, KLAUS: In der Stagnationsfalle. Perspektiven kapitalistischer Entwicklung (186)
- WURL, ERNST: Das Krisenjahr 1956. Linke Utopien – die Zukunft denken (185)

## Bücher & Zeitschriften

- Altwater, Elmar: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik (ARNDT HOPFMANN – 188)
- Applebaum, Anne: Der Gulag (BERT GROSSE – 184)
- Bach, Thomas (Hrsg.): Schelling in Rußland. Die frühen naturphilosophischen Schriften von Daniil Michajlovic Vellanskij (1774-1847) (REINHARD MOCEK – 184)
- Barck, Simone, Lokatis, Siegfried (Hrsg.): Fenster zur Welt. Eine Geschichte des DDR-Verlages Volk & Welt (MARIO KESSLER – 185)
- Bavaj, Riccardo: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik (MARCEL BOIS – 186)
- Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Weber, Hermann, Mählert, Ulrich (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSS-TORFF – 193)
- Beer, Mathias, Seewann, Gerhard (Hrsg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen, Südosteuropäische Arbeiten 119 (PEER HEINELT – 183)
- Behrend Manfred: Eine Geschichte der PDS. Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei (WOLFRAM ADOLPHI – 187)
- Bollon, Patrice: Cioran. Der Ketzer. Aus dem Französischen von Ferdinand Leopold (KAI AGTHE – 191)
- Braudel, Fernand: Modell Italien 1450-1650 (ULRICH BUSCH – 183)
- Brumlik, Micha: Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen. Hrsgg. von Michel Friedman (FLORIAN WEIS – 183)
- Che Guevara, Selbstportrait. Hrsgg. von Victor Casaua (JÜRGEN MEIER – 185)
- Chlada, Marvin: Heterotopie und Erfahrung. Abriss der Heterotopologie nach Michel Foucault (ANDREAS HEYER – 188)
- Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Weber, Hermann, Mählert, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H. (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSS-TORFF – 193)
- Davis, Mike: Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter (ULRICH VAN DER HEYDEN – 193)



- Debrunner, Annelies: Gelebte Wirklichkeit – erträumte Zukunft. Gespräche mit Frauen des Jahrgangs 57 (RUTH FREY – 185)
- Degen, Barbara: Leuchtende Irrsterne – das Branitzer Totenbuch. »Euthanasie« in einer katholischen Anstalt (URSULA SCHRÖTER – 185)
- Diers, Andreas: Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat. Wolfgang Abendroth. Leben und Werk 1906-1948 (MARCEL BOIS – 192)
- Dieterich, Heinz: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus (HEIKO FELDMANN – 188)
- Ebert, Rosel: Rette sich wer kann! Ein wagemutiges Spiel mit Ärzten und anderen Heilkundigen in 14 Runden (URSULA SCHRÖTER – 194)
- Ehmke, Horst: Im Schatten der Gewalt (HARALD LANGE – 191)
- Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Weber, Hermann, Mählert, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSSTORFF – 193)
- Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Weber, Hermann, Mählert, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSSTORFF – 193)
- Foltin Robert: Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich (BERND HÜTTNER – 184)
- Freystedt, Volker, Bihl, Eric: Equilibrismus – Neue Konzepte statt Reformen. für eine Welt im Gleichgewicht (JÜRGEN MEIER – 191)
- Funke, Hans-Günter: Reise nach Utopia. Studien zur literarischen Utopie vom XVI. bis zum XVIII. Jahrhundert (ANDREAS HEYER – 187)
- Gegenbilder, Gruppe: Autonomie und Kooperation: Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen (ANDREAS HEYER – 187)
- Glaser, Günther: »...auf die andere Seite übergehen«. NVA-Angehörige in Krise und revolutionärem Umbruch der DDR. Studie mit Dokumenten (22. September – 17./18. November 1989) (PAUL HEIDER – 193)
- Gries, Rainer, Satjukow, Sike (Hrsg.): Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus (HELMUT METZLER – 188)
- Griesebner, Andrea: Feministische Geschichtswissenschaft. Eine Einführung (BERND HÜTTNER – 192)
- Hall, Stuart: Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4, hrsgg. von Juha Koivisto und Andreas Merckens (ALBAN WERNER – 186)
- Harvey, David: Der neue Imperialismus (MARTIN SCHIRDEWAN – 186)
- Hatzky, Christine: Julio Antonio Mella (1903-1929). Eine Biographie (REINER TOSSTORFF – 191)
- Haug, Wolfgang Fritz: Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital« (ULRICH BUSCH – 188)
- Herr, Hansjörg, Hübner Kurt: Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie (ULRICH BUSCH – 191)
- Heine, Michael, Herr, Hansjörg: Die Europäische Zentralbank (ULRICH BUSCH – 191)
- Heinsohn, Gunnar, Steiger, Otto: Eigentumsökonomik (ULRICH BUSCH – 193)
- Henning, Christoph: Philosophie nach Marx. 100 Jahre Marxrezeption und die normative Sozialphilosophie der Gegenwart in der Kritik (INGO ELBE – 193)
- Herr, Hansjörg, Hübner Kurt: Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie (ULRICH BUSCH – 191)
- Heyer, Andreas: Die Utopie steht links! Ein Essay (MARTIN D'IDLER – 189/190)
- Hübner Kurt, Herr, Hansjörg: Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie (ULRICH BUSCH – 191)
- Hüttner, Bernd, Oy, Gottfried, Schepers, Norbert (Hrsg.): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen (PETER BIRKE – 193)
- Jacobeit, Wolfgang, Stegemann, Wolfgang (Hrsg.): Fürstenberg/Havel – Beiträge zur Alltags- und Sozialgeschichte einer Region zwischen Brandenburg und Mecklenburg, Bd. 2: Im Wechsel der Machtssysteme des 20. Jh (JENS LANGER – 186)
- Jandi, Lisa: Vom »roten Gürtel« zum »braunen Gürtel«? Rechtsextremismus in den Pariser Vorstädten (CHRISTOPH SCHAUB – 194)
- Kelp, Dieter, Widera, Jürgen: Rheinhausen ist überall. Kirche als Anwalt der kleinen Leute (JURI HÄLKER – 184)
- Lendvai, Paul: Der Ungarn-Aufstand 1956. Eine Revolution und ihre Folgen (JÜRGEN MEIER – 194)
- Lokatis, Siegfried, Barck, Simone (Hrsg.): Fenster zur Welt. Eine Geschichte des

- DDR-Verlages Volk & Welt (MARIO KESSLER – 185)
- Mählert, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Weber, Hermann (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSSTORFF – 193)
- Maurer, Ulrich, Modrow, Hans (Hrsg.): Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei (WOLFRAM ADOLPHI – 189/190)
- Meier, Jürgen: »Eiszeit« in Deutschland (JÖRN SCHÜTRUMPF – 184)
- Meining, Stefan: Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel. Mit einem Vorwort von Michael Wolffsohn (PETER ULLRICH – 187)
- Modrow, Hans, Maurer, Ulrich (Hrsg.): Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei (WOLFRAM ADOLPHI – 189/190)
- Müller, Klaus: Mikroökonomie – kritisch und praxisnah, mit Aufgaben, Klausuren und Lösungen (ULRICH BUSCH – 184)
- Mussijenko, Natalija, Vatlin, Alexander: Schule unserer Träume. Die Karl-Liebknecht-Schule in Moskau (1924-1938) (WLADISLAW HEDELER – 185)
- Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred, Weber, Hermann, Mählert, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSSTORFF – 193)
- Oy, Gottfried, Schepers, Norbert, Hüttner, Bernd (Hrsg.): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen (PETER BIRKE – 193)
- Paternoga, Dagmar, Steinbach, Werner, Rätz, Werner: Grundeinkommen: bedingungslos (ARNDT HOPFMANN – 192)
- Prokop, Siegfried, Schwarz, Siegfried (Hrsg.): Zeitgeschichtsforschung in der DDR. Walter Bartel (1904-1992). Ein bedrohtes Leben. Beiträge zum 100. Geburtstag von Walter Bartel (STEFAN BOLLINGER – 185)
- Prokop, Siegfried: 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz (ANDREAS HEYER – 194)
- Rabenstein, Helga et al (Hrsg.): Kulturräume. Universitäten Klagenfurt, Koper, Ljubljana, Maribor, Trieste, Udine. Drava (JENS LANGER – 189/190)
- Rätz, Werner, Paternoga, Dagmar, Steinbach, Werner: Grundeinkommen: bedingungslos (ARNDT HOPFMANN – 192)
- Richter, Rudolf: Die Lebensstilgesellschaft (ULRICH BUSCH – 185)
- Rudolph, Karsten: Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg. Die Ostpolitik der westdeutschen Großindustrie 1945-1991 (STEFAN BOLLINGER – 183)
- Sachs, Jeffrey: Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt (JÜRGEN MEIER – 187)
- Satjukow, Sike, Gries, Rainer (Hrsg.): Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus (HELMUT METZLER – 188)
- Sauer, Dieter: Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen (MARCUS SCHWARZBACH – 186)
- Schälke, Waltraut: »Ich wollte keine Deutsche sein«. Berlin-Wedding – Hotel »Lux« – Dietz Verlag (WLADISLAW HEDELER – 194)
- Schatz, Holger: Arbeit als Herrschaft. Die Krise des Leistungsprinzips und seine neoliberale Rekonstruktion (SANDRA MARTENS – 188)
- Scheer, Hermann: Energieautonomie (JÜRGEN MEIER – 186)
- Scheler, Wolfgang, Woit, Ernst (Hrsg.): Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges (BERNHARD HEIMANN – 183)
- Schepers, Norbert, Hüttner, Bernd, Oy, Gottfried (Hrsg.): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen (PETER BIRKE – 193)
- Schwarz, Siegfried, Prokop, Siegfried (Hrsg.): Zeitgeschichtsforschung in der DDR. Walter Bartel (1904-1992). Ein bedrohtes Leben. Beiträge zum 100. Geburtstag von Walter Bartel (STEFAN BOLLINGER – 185)
- Seewann, Gerhard, Beer, Mathias (Hrsg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen, Südosteuropäische Arbeiten 119 (PEER HEINELT – 183)
- Solimano, Andrès (Hrsg.): Vanishing Growth in Latin America. The Late Twentieth Century Experience (JÖRG ROESLER – 192)
- Stegemann, Wolfgang: Fürstenberg/Havel – Ravensbrück. Beiträge zur Kulturgeschichte einer Region zwischen Brandenburg und Mecklenburg, Bd. 1: Von den Anfängen bis zum Beginn des 20. Jh (JENS LANGER – 186)

- Stegemann, Wolfgang, Jacobeit, Wolfgang, (Hrsg.): Fürstenberg/Havel – Beiträge zur Alltags- und Sozialgeschichte einer Region zwischen Brandenburg und Mecklenburg, Bd. 2: Im Wechsel der Machtsysteme des 20. Jh (JENS LANGER – 186)
- Steiger, Otto, Heinsohn, Gunnar: Eigentumsökonomik (ULRICH BUSCH – 193)
- Steinbach, Matthias (Hrsg.): Universitäts- erfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer im Gespräch (KAI AGTHE – 193)
- Steinbach, Werner, Rätz, Werner, Paternoga, Dagmar: Grundeinkommen: bedingungslos (ARNDT HOPFMANN – 192)
- Tietgen, Jörn: Die Idee des Ewigen Friedens in den politischen Utopien der Neuzeit. Analysen von Schrift und Film (ANDREAS HEYER – 187)
- Türk, Annemarie (Hrsg.): Grenzverkehr, Literarische Streifzüge zwischen Ost und West. (JENS LANGER – 189/190)
- Vatlin, Alexander, Mussijenko, Natalija: Schule unserer Träume. Die Karl-Liebknecht-Schule in Moskau (1924-1938) (WLADISLAW HEDELER – 185)
- Weber, Hermann, Mähler, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart, Wilke, Manfred (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSSTORFF – 193)
- Widera, Jürgen, Kelp, Dieter: Rheinhausen ist überall. Kirche als Anwalt der kleinen Leute (JURI HÄLKER – 184)
- Wilke, Manfred, Weber, Hermann, Mähler, Ulrich, Bayerlein, Bernhard H., Dähn, Horst, Faulenbach, Bernd, Foitzik, Jan, Neubert, Ehrhart (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (REINER TOSSTORFF – 193)
- Windolf, Paul (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus (ULRICH BUSCH – 189/190)
- Wintersteiner, Werner: Poetik der Verschiedenheit. Literatur, Bildung, Globalisierung (JENS LANGER – 189/190)
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (Hrsg.): WSI Tarifhandbuch 2006 (MARCUS SCHWARZBACH – 193)
- Woit, Ernst, Scheler, Wolfgang (Hrsg.): Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges (BERNHARD HEIMANN – 183)